

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M. (binnen 67 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postzugang 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Poststeuergebühren. Auslandsendung 5,45 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Posttarif 4,65 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsausgabe „Welt und Zeit“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 293-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dr. E. u. Disk.-Ges., Depositent., Jenaerstr. 65-69.

Dienstag
26. April 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einzige Millimetergröße 30 Pf. Kleinformat 2-24. „Kleine Anzeigen“ das fertige Blatt 20 Pf. (einschließlich Postgebühren) jedes weitere Wort 10 Pf. Abdruck lt. Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Werbemarkt-Kilometerzettel 25 Pf. Familienanzeigen Kilometerzettel 16 Pf. Anzeigenannahme im Haus 9 Uhr bis 11 Uhr, abends 8 Uhr, wochentags von 8 1/2 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmigter Anzeigen vor!

Feiert den 1. Mai!

An alle Gewerkschaftsmitglieder!

Am 1. Mai schaut die zerrüttete Welt auf eine Armeer von Arbeitslosen, die auf 25 Millionen geschätzt wird. Fast jeder vierte von ihnen ist ein Reichsdeutscher. In der Fülle von Sorgen steht das Problem der Arbeitsbeschaffung und des Unterhalts der Erwerbslosen im Vordergrund.

Nicht nur materielle Not lastet drückend auf den Schultern der Arbeitslosen und ihrer Familien. Die Jugend verliert durch erzwungene Arbeitsentwöhnung die berufliche Qualität, auf der zum großen Teil die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit und kulturelle Höhe unseres Landes beruht, und die Arbeitslosen insgesamt und die vielen, die ein gleiches Los befürchten müssen, verlieren jegliche Zuversicht, wenn nicht das Uebel aufgehalten und noch kräftiger beseitigt wird.

Interessentenkreise, die in dieser Not eine Gelegenheit sehen, zurückzuführen in die für sie so bequemen Zeiten ungehemmter kapitalistischer Willkür, begehren die verzweifelte Stimmung, um mit der Lösung der nationalen Selbstbehauptung gegen das „System“, wie sie es nennen, Kräfte für sich mobil zu machen, die ihrem Schicksal nach in die Reihen der Arbeiterbewegung gehören.

Zustände und Staatsformen, die ein Volk von Analphabeten eben noch ertragen würde, preisen sie als Heilmittel und Weg zur Befreiung.

Zur Erreichung dieses Ziels scheuen sie sich nicht, Millionen von Arbeitern als Deutsche minderen Grades zu verleumben und so das Volksebewußtsein zu vergiften.

Damit wird es klar genug, daß die Existenz des Staates selbst

aufs stärkste bedroht wird von der Lösung des Problems der Arbeitsbeschaffung und Fürsorge für die Erwerbslosen.

Das private Kapital hat in dieser harten Prüfungszeit versagt.

Von den öffentlichen Gewalten aber müssen wir verlangen, daß sie vor allem durch gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden pro Woche und durch öffentliche Arbeiten so viele Köpfe und Hände wie möglich in Lohn und Brot bringen. Jede erlangbare Arbeitsmöglichkeit muß denen verschafft werden, die verzweifelt die Stempelstellen bedauern.

In der Erfüllung dieser Aufgabe muß wahre Volksoverbundenheit sich zeigen. Die deutschen Gewerkschaften werden nicht aufhören, für dieses Ziel zu kämpfen. Die deutsche Arbeiterbewegung, die auf eine an Leistung und Opfern reiche Geschichte zurückblicken darf und wird in dieser schweren Zeit der Erschütterung aller Verhältnisse den Pfad bahnen zu einer besseren Zukunft, zu einer geänderten Wirtschaft, die jedem Arbeit und Brot gibt.

Mehr denn je haben die deutschen Arbeiter und Angestellten in den politischen Kämpfen dieser Tage ihre sprichwörtliche Treue zu ihren Organisationen bewiesen. Sie werden diese erneut zum Ausdruck bringen durch massenhafte Kundgebungen am 1. Mai.

Tretet an in Massen!
Demonstriert für Arbeitsbeschaffung und vierzigstündige Woche, für Frieden und Völkerverständigung.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Enttäuschung rechts.

Der angekündigte Sieg ist ausgeblieben.

Das Urteil über den Ausgang der Landtagswahl in der Preusse lautet ganz allgemein: die Hoffnungen der Rechten sind enttäuscht worden, die Illusionen der Eroberung der Mehrheit in Preussen ist nicht erreicht worden. So schreibt die „Germania“ scharf pointiert:

„Die Nationalsozialisten wollten bekanntlich für sich allein die Macht in Preussen erobern. Ergebnis: An diesem Ziele fehlte ihnen die runde Summe von fünfzig Mandaten. Herr Hugenberg seinerseits gab sich der lauten Hoffnung hin, daß die nationalsozialistische Masse in Verbindung mit den deutschnationalen Köpfen zum Erwerb der Macht stark genug sein werde. Ergebnis: Auch in dieser Rechnung fehlten rund 20 Mandate. Wieder anders, voran die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, verkündeten das Ziel, daß die Parteien rechts des Zentrums insgesamt die Mehrheit gewinnen müßten. Ergebnis: Selbst diese bescheidene Erwartung der Opposition bleibt mit einem Rückstand von einigen Mandaten unerfüllt. Der von der Rechten angestrebte und zuversichtlich erwartete Erfolg wurde also in keiner Form erreicht. Die Zentrumspartei, der die Wahl eine erhöhte Verantwortung und eine in ihrer Bedeutung gesteigerte Funktion zugewiesen hat, wird auch in dem neuen Landtag der sichere Garant einer sachlichen ordentlichen und verfassungsgemäßen Staatsführung sein. Sie würde sich selbst aufgeben und den Staat auf das höchste gefährden, wenn sie diesen wichtigsten Grundpfeiler ihrer politischen Arbeit und Ueberzeugung verlassen würde.“

Weshalb äußern sich die liberalen Zeitungen und der „Deutsche“. Auch die „Deutsche Tageszeitung“ stellt fest, daß die Hoffnungen der Rechten enttäuscht worden sind. Sie tröstet sich mit folgendem:

„Theoretisch wäre aus den auf der Rechten verlorengegangenen Stimmen der kleinen Parteien eine knappe Rechtsmehrheit zu errechnen; praktisch werden diese Stimmen reiflos nicht auf Nationalsozialisten und Deutschnationale zu bringen sein, so sehr man das bedauern mag.“

Wir müssen ihr auch diesen letzten Trost nehmen: die theoretische Berechnung ergibt, daß die Rechte im höchstfall 216 Mandate auf ihre 10,8 Millionen Stimmen hätte erhalten können, während Sozialdemokraten, Zentrum und Kommunisten allein schon 217 Mandate haben, und daß bei voller Auswertung der Stimmenzahl der Staatspartei diesen 216 Mandaten der Rechten bei 10,8 Millionen Stimmen 224 Mandate bei 11,2 Millionen Stimmen gegenüberstehen würden. Es bleibt dabei: die Mehrheit des Volkes hat gegen die Rechte entschieden!

Die „Kreuz-Zeitung“, das Organ des Stahlhelms, stellt das mit diesen Worten fest:

„Die Wahlkluft ist geschlagen. Mag das vorläufige amtliche Ergebnis auch noch die eine oder andere Korrektur erfahren, das Remis steht fest. Das positive Ziel des Wahl-

kampfes, das uns allen vorzuschwebte, eine absolute Mehrheit der Rechten, eine Mehrheit aus Nationalsozialisten, Deutschnationalen und den Mittelgruppen rechts vom Zentrum, dieses Ziel zu erkämpfen, ist nicht gelangt. Selbst wenn man zu den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen noch die Trümmer der Mittelgruppen hinzugerechnet, fehlen zu einer absoluten Mehrheit der Rechten ungefähr zehn Mandate.“

Zugleich setzt das Stahlhelmorgan den Deutschnationalen auseinander, daß sie es nur dem Stahlhelm zu verdanken hätten, daß sie nicht noch mehr zusammengehauen worden sind.

Im deutschnationalen Lager versucht man natürlich, die gewaltige Niederlage Hugenbergs zu vertuschen. Die Hugenberg-Presse schreibt zu diesem Zwecke laut über den gewaltigen Mandatsverlust der Sozialdemokratie, die 44 Mandate verloren habe — wobei man das Taschentüchlerstück anwendet, die Verringerung des Wahlquotienten zu verschweigen, durch die zunächst einmal 28 von den bisherigen 137 Mandaten der Sozialdemokratie abgerechnet werden müssen!

Wir wollen euch nicht mehr!

Aber bei Hugenberg hat man noch ganz andere Schmerzen! Wenn eine Rechtskoalition mit Hilfe des Zentrums gebildet werden sollte, so ist Hugenberg mit seiner Fraktion dabei völlig überflüssig. Nach der Parole „Wir wollen euch nicht mehr!“ erklärt ihm die „Germania“:

„Herr Hugenberg, der auszog, um Preussen zu erobern, sieht jedenfalls auch heute wieder zwischen sämtlichen Stühlen in einer völlig einflusslosen Position, und es ist überflüssig, ihn um seine Meinung über die politische Weiterentwicklung in Preussen überhaupt zu befragen.“

Das ist bitter, und Hugenbergs „Lokal-Anzeiger“ schreibt deshalb schon Ach und Weh:

„Zweifellos gibt es in den Reihen des Zentrums Leute, die bereits an eine preußische Zweiherrschaft des Zentrums zusammen mit den Nationalsozialisten denken. Der Witz der Sache wäre die Ausschaltung der Deutschnationalen. Zahlenmäßig wäre das Spiel vorstellbar. Auch würden die Zentrumswähler sich wohl auch das gefallen lassen.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ betont, daß Hugenberg mit von der Partie sein müsse:

„Es wäre ein glückliches Ereignis in der deutschen Geschichte, wenn diese große Rechtskoalition verwirklicht werden könnte. Neben der alte Dämme des Herkommens überflutenden nationalen Erneuerungsbewegung, mit ihrem gewaltigen Ueberdruck an Eifer und jugendlicher Begeisterungsfähigkeit, würden in ihr die bewährte politische Erfahrung der Deutschnationalen Partei und des Zentrums stehen. Die Deutschnationalen haben auch in den neuen Landtag einige Persönlichkeiten ersten Ranges entsandt, die selbst auf der Linken hohe Wertschätzung genießen.“

Der Schuß Hugenbergs ist nach hinten losgegangen! Man will ihn nicht mehr!

Wer sind die Sieger?

Kritisches zum Wahlergebnis.

Von Paul Löbe.

Der Großwahltag am 24. April brachte eine Anzahl beachtenswerter Tatsachen, die für unser weiteres Ringen von höchster Bedeutung sind — je schwerer der Kampf wird, um so klarer müssen wir den Dingen ins Auge sehen.

Das Augenfälligste am Wahlergebnis ist die Vereinfachung des Parteiensystems in Deutschland. Nach der tolen Zersplitterung, die uns in den letzten zehn Jahren beschert war und für die der gegenwärtige Reichstag noch ein Beispiel ist — er umfaßt fünfzehn Parteigruppen — steuern wir deutlich auf das Fünf-Parteien-System zu: zwei auf der Linken, zwei auf der Rechten und das Zentrum als einzige Mittelpartei. Soweit die Wähler selbst sich von den Splitterparteien noch nicht losgemacht haben, sind ihre Stimmen einfach verloren, so beim Landvolk, bei der Wirtschaftspartei, bei der jungen Rechten, zum Teil auch bei den Christlich-Sozialen, und der Staatspartei, erst recht bei der bedeutungslosen Sozialistischen Arbeiterpartei, die überhaupt in ganz Preussen nur 84000 Stimmen erhielt. Dabei ist die Rechte viel stärker als die Linke, denn die beiden nationalsozialistischen Gruppen sind zunächst gewillt, gemeinsam zu handeln, während die beiden Linksparteien nicht nebeneinander, sondern gegeneinander stehen.

Die Rechte gebärdete sich in ihrem nationalsozialistischen Teil früher als Vertreterin neuer Ideen, einer in die Zukunft gerichteten Politik, was ihr zweifellos die Stimmen großer Teile der Jungwähler zuführte. Erst in den letzten Tagen hat sie den Kopf rückwärts gelehrt, offen bekannt, daß „Preussen wieder preußisch“ werden müsse. In dieser Parole kommt die innere Wandlung der regierungswilligen Nationalsozialisten zum Ausdruck.

Wer marschiert heute hinter Hitler und dem Hakenkreuz einher? Es sind alle uns wohlbekanntesten Mächte im alten Preussen, die sich plötzlich als Nationalsozialisten drapieren. Da sind die Großgrundbesitzer des Ostens, die Grafen Eulenburg, Jedlitz, Kalkreuth, die Herren von Thyß und Köckeritz, die sich das braune Hemd überwarfen, damit das Volk seine alten Pappenheimer nicht so recht erkennt. Da sind die Generäle und Admirale, die Viehmann, von der Goltz und Epp, die sich eine Welt nicht denken können, in der das Volk vor ihren roten Aufschlägen nicht strammstehen will. Da sind die Prinzen und Fürsten, die August Wilhelm und Friedrich Wilhelm, Fürst von Lippe, Herzog von Koburg, die plötzlich alle Mitglieder der Arbeiterpartei geworden, ehe sie noch richtig zum Arbeiten gekommen sind. Da sind die Schwerindustriellen von Thyßen und Kirdorf bis zum ganzen Reichsverband der deutschen Industrie, die schon in Harzburg dem Befreiten Hitler brüderlich die Hände drückten. Alles, was im alten Preussen und Deutschland die Reaktion verkörperte, erscheint heute unter dem Hakenkreuz wieder und erträumt sich im Dritten Reich das alte Preussen mit seiner Entredung der Armen, seiner Bevorzugung von Bildung und Besitz (d. h. des Gelds) und seiner Vorherrschaft der „besseren Rasse“ (d. h. des Adels) und seiner Unterwerfung aller übrigen Volksschichten. Sollten radikale Elemente um Straßer und Reventlow den Versuch wirklicher sozialistischer oder auch nur volkstümlicher Maßnahmen unternehmen, dann zerspringt der Block, der zur Gewinnung des beschränkten Kleinbürgers und Proletariats gut ist, aber nicht zur Erfüllung ihrer Wünsche.

Auf der Erfüllung ihrer Wünsche aber werden diese Wählergruppen, die ja auch drüben die erdrückende Mehrheit bilden, denen das Dritte Reich in Aussicht gestellt war, nun etwas ungeduldiger pochen — denn Braun-Severing und die Marzisten waren ja das einzige Hindernis ihres Glücks. Jetzt ist ja nach der Behauptung ihrer Führer der große Sieg errungen, der Marxismus liegt niedergestreckt im Sand — der Kagenjammer kann also beginnen. Jetzt warten die Sieger, Städter und Landleute, Hausbesitzer und Mieter, Bauern und Großgrundbesitzer, Beamte und Angestellte, Fabrikbesitzer und Arbeiter auf die Erfüllung dessen, was jedem von ihnen versprochen wurde und in wenigen Monaten wird jeder von ihnen spüren, wie schwer er getäuscht wurde.

Denn dieser Sieg erhöht ja die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, unter denen wir leiden. Er vermehrt die außenpolitischen Konflikte, er verschärft die Krise, er kann den Gläubigern nichts, gar nichts von den Hoffnungen erfüllen, die ermaßt wurden.

Mit verdächtiger Sehnsucht sind plötzlich die Augen der

Die Bayernwahl.

Die Frage der Regierungsbeteiligung.

München, 25. April. (Eigenbericht.)

Das Ergebnis der Bayernwahl war vom Landeswahlleiter bis Montagabend noch nicht endgültig festgestellt. Immerhin wies sich an der provisorisch errechneten Zusammensetzung des neuen Landtags kaum noch etwas ändern. Da bei der Sitzverteilung oft eine einzige Stimme den Ausschlag geben kann, lassen sich bisher noch keine sicheren Angaben über alle gewählten Abgeordneten machen. So viel ist aber sicher, daß die große Mehrheit des neuen Landtags aus bisherigen Abgeordneten besteht. Nur bei den Nazis ziehen entsprechend ihrer Steigerung von 10 auf 43 Mandate viele neue Leute in den Landtag ein. Es ist außerordentlich bezeichnend, daß sich unter den 43 Mitgliedern dieser „Arbeiterpartei“-Fraktion nur ein einziger Handwerker befindet. Das Gros setzt sich zusammen aus 18 Beamten, darunter 7 Lehrern, ferner aus 9 Landwirten, 6 kaufmännischen Angestellten und 3 Ärzten.

Die große politische Frage dreht sich auch in Bayern um die Regierungsbildung. Den Schlüssel dazu hat, wie mit Sicherheit vorausgesehen war, allein die Bayerische Volkspartei in der Hand. Wozu sie ihn verwenden wird, liegt noch völlig im Dunkeln. Die parteiunabhängige Korrespondenz urteilt darüber folgendes:

„Der Ausgang der Wahlen in Preußen ermahnt Bayern, auf die Sammlung aller seiner gesunden bayerischen Kräfte bedacht zu sein. Denn es können sehr bald Zeiten kommen, wo Deutschland Bayern und den ganzen Süden sehr notwendig brauchen wird, wenn kein Unglück in Deutschland und mit Deutschland geschehen soll. Es kommt alles darauf an, daß in Bayern eine Regierung zustande kommt, die befähigt und willens ist, den bayerischen Staat nach den Grundgesetzen zu regieren, die sich aus dem Wesen und der unveränderten deutschen Aufgabe dieses bayerischen Staates ergeben. Das Problem

einer Mehrheitsbildung in Bayern unter Mitwirkung der Bayerischen Volkspartei hängt davon ab, ob und wie stark nach anderer Parteien Willens und Befähigt sind, sich vorbehaltlos ohne parteipolitische Hintergedanken und absolut ehrlich und zuverlässig auf den Boden eines bayerischen Staatsprogramms zu stellen. Diese Klärung herbeizuführen, wird die nächste und erste Aufgabe sein, die in Bayern zu leisten ist. Wir denken dabei nicht an langatmige Koalitionsprogramme, sondern an die Herstellung einer gemeinsamen Vertrauensbasis für den Mann, der in Zukunft als verantwortlicher Regierungsmann die Geschicke unseres Bayernlandes lenken soll.“

Mit der letzten Bemerkung soll offenbar angedeutet werden, daß die Bayerische Volkspartei entschlossen ist, die Bildung der neuen Regierung nicht mehr dem bisherigen Ministerpräsidenten Dr. Heß, sondern dem Parteivorsitzenden und jetzigen Leiter des Finanzministeriums Staatsrat Schäffer anzuvertrauen. Dr. Heß selbst hat während des Wahlkampfes wiederholt Andeutungen in dieser Richtung gemacht.

Im Gegensatz zu den zurückhaltenden Äußerungen der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz hält das führende Organ der Partei, der „Bayerische Kurier“, die Kampfsituation gegen die Nazis auch nach der Wahl mit aller Schärfe bei. Das Blatt schreibt: „Das katholische Bayern hat sich eindeutig und klar gegen den Nationalsozialismus, gegen seine Weltanschauung und Agitationsmethoden entschieden, und es ließe den Sinn der Wahlen verfehlen, wenn man andere Folgerungen aus dem Ergebnis ziehen wollte. Die Bayerische Volkspartei hat sich als der feste und unüberwindliche Damm gegen die nationalsozialistische Springflut erwiesen und an dieser Mauer wird der hitlerische Neobolschewismus sich brechen. Die Bayerische Volkspartei und das katholisch organisierte Volk wird, wenn es sich selbst treu bleibt, mit der Hitlererei fertig werden.“

Auslandsecho der Preußenwahl.

England.

London, 25. April. (Eigenbericht.)

Die durch den Ausgang der Preußenwahl in Deutschland geschaffene Lage beansprucht das Hauptinteresse der englischen Öffentlichkeit. Auf irgendwelche umwälzende Änderungen in der Innen- und Außenpolitik ist man hier jedoch nicht gefaßt. Am meisten diskutiert wird die Möglichkeit einer Koalition Hitlers mit dem Zentrum.

Der „Daily Herald“ würdigt in einem Beitrag die Verdienste der Regierung Braun und erwartet, daß in Ermangelung einer definitiven Majorität Otto Braun noch längere Zeit am Ruder bleiben wird.

Frankreich.

Paris, 25. April. (Eigenbericht.)

Der „Temps“ legt zur Preußenwahl, der Wahltag in Preußen sei der schlechteste politische Tag, den Deutschland seit September 1930 erlebt habe.

„Augenscheinlich“, so schreibt das Blatt weiter, „hat das deutsche Volk jede Selbstkontrolle verloren. Es überläßt sich dem Zufall des Abenteurers. Man legt sich darüber Rechenschaft ab, daß keine so gerühmte moralische Kraft, die aus Organisations- und Diszipliniertheit besteht, eine sinnliche Sache war, die keine andere Stütze als einen übermäßigen Hochmut hatte. Diese moralische Kraft hat nicht der Niederlage der Finanz- und Wirtschaftskrisis widerstanden. Alle Nationen haben die Pflicht daran zu denken, denn man muß sich jetzt fragen, welcher Wert unter diesen Umständen für den Wiederaufbau Europas und den allgemeinen Frieden abkommen mit einem Deutschland haben können, das auf die schiefste Ebene geraten ist und unter der doppelten Drohung des Nationalsozialismus und des Kommunismus nicht mehr fähig ist, sich eine stabile Regierung zu geben.“ (Da das Anwachsen des deutschen Nationalsozialismus nicht zuletzt auf die engherzige und kurzschichtige Politik der französischen Regierung zurückzuführen ist, steht es dem „Temps“ als offiziösem Organ der herrschenden Schicht schlecht an, heute zu moralisieren und die Reichsregierung als verhandlungsunfähig hinzustellen. Red. v. B.)

Die Reichsblätter nützen den Erfolg Hitlers weidlich für die Wahlpropaganda zu den bevorstehenden Kammerwahlen aus. Der „Antonsigant“ stellt zwar fest, daß das Wahlergebnis keineswegs überraschend sei, spricht aber trotzdem das Wort „Kriegsgefahr“ aus, das bereits vor einigen Wochen die gesamte Pariser Bevölkerung lähmte.

Italien.

Rom, 25. April. (Eigenbericht.)

Die faschistische Presse macht aus dem Ergebnis der Preußenwahl einen entscheidenden Sieg der Nationalsozialisten. Immerhin betonen die Berliner Korrespondenten der großen Blätter die entscheidende Tatsache, daß Hitler die Majorität in Preußen nicht erreichen konnte. Selbst mit den Deutschnationalen und den kleinen nationalsozialistischen Gruppen sei diese Mehrheit nicht zu erreichen gewesen. Einzelne Korrespondenten geben der Auffassung Ausdruck, daß die bisherige Regierungskoalition sich weigern werde, den Nationalsozialisten die Macht zu übergeben und das Kabinett Braun als geschäftsführende Regierung bestehen bleiben würde, falls das Zentrum nicht nach rechts schwänke und eine sichere Majorität mit den Nationalsozialisten möglich mache.

Amerika.

Washington, 25. April.

Die amerikanische Presse bringt die Ergebnisse der gestrigen Wahlen durchweg mit Überschriften, in denen zum Ausdruck kommt, daß die Nationalsozialisten einen gewaltigen Zuwachs gegenüber der bisherigen Zahl ihrer Mandate in den einzelnen Parlamenten erhalten hätten, daß es ihnen aber nicht gelungen sei, die absolute Mehrheit zu erringen. In amtlichen Kreisen wurde — wie stets — auch diesmal ein Kommentar abgelehnt. In Kongreßkreisen begrüßt man jedoch die Tatsache, daß die Nationalsozialisten nicht die absolute Mehrheit erlangt haben. Senator Wagner erklärte, er nehme an, daß Frankreich nach den Wahlen vom 10. und 24. April nunmehr zur Vernunft kommen und im Interesse praktischer Zusammenarbeit

mit Deutschland bei den eigenen Wahlen endlich eine liberale Mehrheit ins Parlament entsenden werde.

Dänemark.

Kopenhagen, 25. April.

Das Regierungsblatt „Social-Demokraten“ schreibt: Die gestrigen Wahlen in Preußen standen im Zeichen der Reaktion. Hitler jagt alle bürgerlichen Mittelparteien auf mit Ausnahme des Zentrums, das ein wenig normwärtsgegangen ist. Ein Lichtpunkt ist, daß die großen Städte anfangen, vernünftig zu werden. Inwiefern hat Hitler sein Ziel: die Eroberung der Macht in Preußen, nicht erreicht; wie bei der Präsidentschaftswahl ihm dies im letzten Augenblick mißglückt. Trotz der furchtbaren Verhältnisse in Deutschland, trotz wütender Angriffe hat die Front Braun-Seesing dem Sturmwind standgehalten und ist nicht zusammengebrochen. Es hängt nun von der Stellungnahme der Kommunisten im Landtag ab, ob die Reaktion die Macht erhalten soll, oder ob eine sozialistisch orientierte, arbeitserfreundliche Regierung bestehen und helfen soll, die Politik des Reiches in republikanischer, lebensfreundlicher und demokratischer Richtung zu prägen. Niemand wird Hitlers gewaltigen Fortschritt bestritten, der außerordentlich gefährlich ist für die Demokratie und für den Frieden in Europa. Aber die Verhältnisse in dem verwüsteten Deutschland sind so außerordentlich, daß eine Konjunkturpartei wie die der Nationalsozialisten ebenso schnell abwärtsgehen kann, wie sie emporgestiegen war.

Holland.

Amsterdam, 25. April. (Eigenbericht.)

Der Amsterdamer „Telegraaf“ schreibt zu dem Ergebnis der Preußenwahl, es sei zweifelhaft, ob es die günstigste Lösung wäre, die Nationalsozialisten im Hinblick auf die vielen Widersprüche in ihrer Propaganda politisch auszuscheiden, zumal bisher selbst der größte Freund dieser Bewegung in ihr kein politisches Genie habe entdecken können. Auf jeden Fall sei die Position der Regierung Brüning sehr geschwächt.

„Het Volk“ stellt fest, daß augenscheinlich bei den Wählermassen eine merkwürdige Verschiebung von den Kommunisten zu den Faschisten stattgefunden habe. Die Zunahme sozialdemokratischer Stimmen in Zentren wie Berlin und Hamburg deuteten auf Anfänge zu einer Umwälzung, der jedoch für die Preußenwahl zu spät gekommen sei. Der Faschismus als Teilstück einer Regierungskoalition würde sich sein eigenes Grab graben, da er keine Versprechungen nicht einlösen könne. Jetzt hätten Brüning und Hitler das Wort.

Polen.

Warschau, 25. April.

Der regierungsfreundliche „Kurjer Poranny“ sagt, daß der neue Preussische Landtag ein hervorragendes Gebiet für weitere Verschärfung der Parteidämpfe sei. Ferner erklärt das Blatt wörtlich: ... Zunächst jeden wir

in Deutschland ein Chaos, aus dem für den Frieden in Europa nichts Gutes hervorgehen kann.

Die Deutschen werden immer mehr zur Gefahr für den Weltfrieden. Der neue Reichsaussenminister wird nicht ohne Rücksicht auf Hitler ernannt werden. Das Reich wird diesen Trumpf auf internationalem Gebiet auszuspielen versuchen, was weder das Vertrauen zu Deutschland noch die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit ihm erhöhen wird, zumal Deutschland in großen Schritten nach Beherrschung des geschlagenen Europa, zum mindesten aber nach Abschüttelung der Reparationen strebt. Die Aufkündigung der nationalsozialistischen Armee ist nur Hitler zugute gekommen.

Tschechoslowakei.

Brag, 25. April. (Eigenbericht.)

Die dem tschechischen Außenminister nahestehenden Blätter glauben, daß die Reichsregierung und die preussische Regierung trotz der Erfolge der Nazis bei der Preußenwahl weiter im Amt bleiben werden.

Das sozialdemokratische „Pravo Sedy“ sagt, daß in Preußen die Kommunisten und das Zentrum die Entscheidung in Händen haben werden und es sei zu befürchten, daß die Kommunisten die Hakenkreuzler unterstützen werden. Die Preußenwahl werde sich ungünstig für ganz Europa auswirken.

Deutschnationalen auf das Zentrum gerichtet. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hofft durch seine Hilfe die neue Basis für eine aufbauende Staatspolitik ohne allzu schwere Erschütterung erhalten zu können und die Hugenberg-Presse konstatiert: „Das Zentrum ist nun vor die Entscheidung gestellt“. Hilf uns, vielgeschmähtes Zentrum, die ungebärdigen Kräfte bändigen, die der strapelose Gnebbels heranzog! Das ist der Sinn dieser Strohgebete an die Mitte, die schon am Morgen nach dem stolzen Siege erklingen. Warum eigentlich? Jetzt haben die Herren ja die Macht, mit Hilfe der Kommunisten alles aufzuheben, was Preußens Finanzen in Ordnung hält, alle verdamnten Notverordnungen, alles, was Braun und Seesing in Preußen schufen. Das Zentrum kommt doch höchstens in Frage, um diese unempfindlichen Dinge aufrecht zu erhalten, warum also wird seine unbequeme Freundschaft so dringend gesucht?

Die als Hakenkreuzler verkleideten Großgrundbesitzer, Generale, Fürsten, Prinzen, Kapitalisten haben gesiegt — schon erkönt ihr Hilferuf: „Zentrum, hilf uns! Was machen wir mit dem Sieg?“

Eine Zentrumserklärung.

Das Zentrum Garant der verfassungsmäßigen Ordnung.

Der Geschäftsführer der Zentrumsfraktion, Dr. Graf, erklärte in einer Unterredung über die politische Situation in Preußen u. d.: Eines der Merkmale der Lage ist die Tatsache, daß Hugenberg sich nun schon zum zweitenmal verrechnet hat — er ist in Preußen ausgeschaltet. Zur Bildung einer Regierung ist seine Mitwirkung nicht erforderlich.

Das zweite Merkmal ist der völlige Zerfall der bürgerlichen Gruppen rechts und links vom Zentrum. Dadurch ist das Zentrum der einzige Hort derjenigen bürgerlichen Elemente geworden, die den Gedanken des gerechten Ausgleichs auf allen Gebieten vertreten.

Das dritte Merkmal ist die Tatsache, daß die Nationalsozialisten dem Zentrum trotz erbitterter Kritik nichts anhaben konnten. Das Zentrum steht gefestigter denn je. Die Preußenwahl hat weiterhin ergeben, daß die Nationalsozialisten allein nicht die Mehrheit erlangen können.

Das Zentrum betrachtet sich als den Garant der verfassungsmäßigen Ordnung. Dieser Tatsache muß seine politische Haltung entsprechen. Im übrigen kann das Zentrum mit Ruhe abwarten, bis zutage tritt, was die großen politischen Gruppen eigentlich wollen.

Der Reichskanzler kehrt am Donnerstag von Genf nach Berlin zurück.

Hitler-Gruß für Hugenberg!

Wie die Nazis über die Deutschnationalen urteilen.

Die Geschichte des preussischen Wahlkampfes muß noch geschrieben werden. Eines ihrer kostbarsten Dokumente soll aber schon jetzt ins rechte Licht gestellt werden: ein Flugblatt der letzten Stunde aus dem offiziellen Naziverlag gegen die Deutschnationalen Partei. Darin heißt es:

1) Ihre grenzenlose Ueberheblichkeit deutsch, mit der Sie behauptet, daß nur Sie allein über die Köpfe der Rache und die Klug und fähig genug seien, das Schicksal Deutschlands zu wenden?

2) Ihre unbedingte Annahme deutsch, mit der Sie erklärt, daß Sie allein dazu berufen sei, den Führer der nationalen Opposition zu stellen, obwohl Sie innerhalb der gesamten nationalen Front nur über die schwächste Gruppe verfügen?

3) Ihre abfällige Kritik deutsch, die Sie gegen einen deutschen Mann und Frontsoldaten wie Hitler anzuwenden beliebt, dessen hinreißende Erfolge für das Deutschland zum Teil heute schon Geschichte geworden sind?

4) Ihr Geschäftsgeist deutsch, mit dem Sie im ersten Präsidentschaftswahlkampf versuchte, die Stimmen wertvollster Deutscher zum Handelsobjekt herabzuwürdigen?

Was die Bescheidenheit betrifft, so wirken die Nazis als Lehrer dieser Tugend einigermaßen munter. Und ausgerechnet den Deutschnationalen Annahme und Ueberheblichkeit vorzuwerfen, wo Sie doch sowieso schon nicht mehr Piep zu sagen wagen!

Wenn aber die Hugenberg-Partei nicht deutsch ist, so ist Sie noch weniger preussisch:

Unpreussisch ist Ihre sture Ablehnung gegen jede im Geiste eines Friedrich Wilhelm I. und Friedrich des Großen geplante sozialistische Umgestaltung unseres Staats- und Wirtschaftslebens.

Unpreussisch ist Ihr eigenständiger Parteigoismus.

Unpreussisch ist Ihr Verlassen der Töne im ersten und zweiten Präsidentschaftswahlkampf.

Unpreussisch ist Ihre Ueberheblichkeit, Ihr Führerstumel, Ihre Verachtung der Massen des Volkes.

Unpreussisch ist endlich Ihr versteckter Kampf gegen uns Nationalsozialisten, der sich nicht an die Deffektivität wagt.

Was die „sozialistische Umgestaltung“ im Geiste Friedrich Wilhelm I. und Friedrich des Großen betrifft, so gelüftet uns, mehr davon zu erfahren, damit in diesen ersten Zeiten auch der Humor sein Recht behält. Was aber soll man dazu sagen, daß die Nazis einer andern Partei ihren „Führerstimme“ vorwerfen? Und was zu der Kennzeichnung der Deutschnationalen als feige Jämmerlinge, die eine Faust in der Tasche machen, aber sich mit ihrer Meinung über die Nazis nicht mehr an die Deffektivität trauen? Ja, zu dieser Kennzeichnung kann man nur sagen, daß Sie vollkommen stimmen! Also wenigstens in diesem Punkte, was die Charaktereigenschaften Hugenbergs und seiner Presse betrifft, dürfte es im deutschen Volk keine Meinungsverschiedenheiten geben.

Lordieu fährt voraussichtlich nicht in dieser Woche nach Genf, sondern er wird Wahlreden halten und erst nach dem ersten Wahlgang nach Genf wiederkommen. Dr. Brüning, der am Sonntag nachts wieder in Genf eintraf, wird infolgedessen keine weiteren Besprechungen mit ihm haben.

Japan provoziert.

Schwere Besorgnisse in der Sowjetunion wegen der Lage im Fernen Osten.

Seit mindestens zwei Monaten ist die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit seitens der verschiedenen Wochenschriften in Anspruch genommen worden. Inzwischen ist aber die Weltpolitik weitergegangen, und es wird an der Zeit, daß das deutsche Volk sich wieder eingehender mit den außenpolitischen Vorgängen befaßt. Daß die diplomatische Lage Deutschlands im Hinblick auf die Probleme, die es unmittelbar angehen, wie die Abrüstungs- und Reparationsfrage, nach den Wahlergebnissen vom 24. April erheblich schwieriger geworden ist, davon wird sich insbesondere der Reichsminister Brüning, der am Sonntag nacht wieder in Genf eingetroffen ist, inzwischen überzeugt haben. Die Eindrücke, die er dort gesammelt hat, werden vermutlich nicht ohne Einfluß auf die weitere innenpolitische Entwicklung in Deutschland sein, die vor allem vom Zentrum und daher in erster Linie von Dr. Brüning selber abhängt.

Für heute sei indessen ganz besonders auf die erhebliche Zuspitzung hingewiesen, die die Lage im Fernen Osten gerade in den letzten Tagen infolge der Haltung Japans erfahren hat. Die sogenannte mandchurische Regierung, die unzweifelhaft nur ein blindes Werkzeug der Machthaber in Tokio ist, geht offenbar darauf aus, die Sowjetregierung so zu provozieren, daß schließlich ein bewaffneter Konflikt unvermeidlich wird. Die jüngste Herausforderung besteht in der Verhaftung von mehr als 50 sowjetrussischen Angestellten der ostchinesischen Eisenbahn, um deren Freilassung sich Moskau bisher vergebens bemüht. Dem waren zahlreiche andere Provokationen vorangegangen, die immer wieder von weiteren Truppenkonzentrationen japanischer oder „mandchurischer“ Truppenteile begleitet wurden. Diese Kräfte werden immer näher an die Grenze der Sowjetunion herangeschoben, und die beruhigenden Zusicherungen, die Japan offiziell auf die besorgten Anfragen der Sowjetregierung abgibt, können angesichts der spärlichen Verlogenheit der japanischen Diplomatie nicht darüber hinwegtäuschen, daß die japanischen Militärs tatsächlich aggressive Absichten hegen. Noch vor zwei Tagen erklärte der japanische Kriegsminister dem Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“, daß Japan seine Ziele in der Mandchurei konsequent weiterverfolgen würde, unbekümmert um die Proteste der Sowjetunion oder des Völkerbundes. Die Drohung Japans mit dem Austritt aus dem Völkerbund, falls sich dieser in die Angelegenheiten der Mandchurei einmischen würde, wird immer deutlicher ausgesprochen. Japan betrachtet eben die Befehle der Mandchurei und die Ausrufung einer „unabhängigen“ Regierung in Mukden, die in Wirklichkeit nur aus Strohmannern Japans besteht, als vollendete Tatsachen, an denen es nicht mehr rütteln lassen will. Die nächste Etappe soll offenbar darin bestehen, daß der russische Einfluß auf die für die direkte Verbindung zwischen Sibirien und Wladivostok so wichtige ostchinesische Eisenbahn in der nördlichen Mandchurei völlig zerstört wird. Darauf besitzen schon die jüngsten Verhaftungen von Eisenbahnangestellten hin. Die dann folgende weitere Etappe wäre über kurz oder lang die Eroberung von Wladivostok durch die Japaner.

Es ist unter diesen Umständen durchaus begrifflich und berechtigt, wenn man in Moskau diese Entwicklung mit größter Sorge verfolgt. Es ist vielleicht übertrieben und übereifrig, wenn der Führer der kommunistischen Gewerkschaftsinternationale, Borsowitsch, in diesem Zusammenhang gestern von einem unmittelbar bevorstehenden Krieg Japans gegen Rußland sprach. Das gleiche gilt von der Behauptung Molotows vor drei Tagen, daß Japan diesen Angriff in engstem Einvernehmen mit den Generalstäben der Westmächte vorbereite. Dennoch darf die Gefahr nicht unterschätzt werden.

Deshalb erscheint es uns auch verfehlt, daß Molotow in seiner Rede Japan und den Völkerbund in einen Topf warf. So sehr der Völkerbund bisher verfaßt hat, als es galt, durch eine entschlossene rechtzeitige Aktion China vor dem japanischen Imperialismus zu schützen, so ist nicht zu bestreiten, daß es im Völkerbund noch immer ehrliche und nicht einflusslose Kräfte gibt, die dafür wirken, daß man Japan Einhalt gebietet. Gerade deshalb droht ja die Regierung von Tokio dauernd mit dem Austritt aus dem Völkerbund.

Die deutsche Diplomatie hat sich bisher in dem Konflikt zwischen Japan und China viel zu passiv verhalten. Sie ist deshalb hier scharf kritisiert worden. Nicht, wo die Gefahr immer größer wird, daß der fernöstliche Konflikt sich auf die Sowjetunion ausdehnt, wäre nach unserer Auffassung die Reichsregierung unbedingt verpflichtet, aus ihrer bisherigen Passivität herauszutreten und für eine schärfere Aktion der Mächte und des Völkerbundes gegen Japan einzutreten. Dazu wäre es freilich nötig, daß die Reichsregierung auf Grund der weiteren innenpolitischen Entwicklung außenpolitisch aktionsfähig bleibt und daß die antihörschmittischen und internationalistischen Kräfte, die im Nationalsozialismus vorherrschen, weiter von der Macht ferngehalten werden.

Zum Ueberfall auf Otto Wels

Die Täter bleiben in Haft.

Köln, 25. April. (Eigenbericht.)

Die nationalsozialistischen Rowdys, die in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend den Führer der Sozialdemokratischen Partei Otto Wels und den Kölner Polizeipräsidenten in der rheinischen Metropole überfielen und mißhandelten, blieben auf Anordnung des Untersuchungsrichters vorläufig weiter in Haft. Unter den Häftlingen befindet sich auch der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Sen.

Brandstiftung politischer Banditen.

Köln, 25. April.

Im Stadtdistrikt Köln-Falkenberg brannte in der vergangenen Nacht eine Baracke der sozialistischen Arbeiterjugend vollständig nieder. Da bei der Ankunft der Feuerwehr die Tür des Hebes erbrochen vorgefunden wurde, nimmt man an, daß das Gebäude von innen in Brand gesetzt worden ist. Man vermutet, daß die Tat politischen Hintergrund hat.

Der Wolf und die Zwerge.

(Ein Märchen)



„Nazitwolf, friß den da!“



„Erst fräß ich mal euch!“

Auch Amerika muß sparen.

Zornesausrüche gegen England im Senat.

Washington, 25. April.

Der nordamerikanische Etatsplan kürzt die Ausgaben um 32 Millionen Dollar auf 326 340 000 Dollar. Präsident Hoover hatte nur eine Herabsetzung um etwa 16 Millionen gefordert. Ueberwachenderweise ist für Luftschiffbau nichts mehr eingeplant, selbst für die weitere Instandhaltung der „Los Angeles“ nicht. Für Schiffshäuten sollen 41 200 000 Dollar einschließlich der Modernisierung veralteter Schiffe bewilligt werden.

Die Ankündigung des britischen Schatzkanzlers im Unterhaus, daß keine Zahlungen an Amerika in das neue Budget eingestellt seien, erregte im Bundesrat Ueberraschung und Unwillen. Reed sagte, er bezweifle, daß England seine Verpflichtungen an Amerika nicht in ehrlicher Weise zu regeln bereit sei; für Amerika jedenfalls komme ein neues Moratorium nicht in Frage. Semis bezichtigte die britische Erklärung hingegen als „infame Propaganda“ gegen die Interessen Amerikas. Howell äußerte die Vermutung, daß die „internationalen Bankiers“ dahinter stecken.

Borah erklärte, das Spanner-Moratorium sei im vorigen Jahr nicht im Interesse Englands, sondern Deutschlands proklamiert worden, und

Amerika sehe keine Veranlassung, den Willkür entgegenzukommen, solange sie nicht ihre Rüstungen herabsetze, die Reparationsfrage löse und den Versailler Vertrag revidiere.

Weitere amerikanische Opfer seien nutzlos, solange die gegen-

wärtige politische Konstellation nicht geändert werde, denn sonst könne sich Europa trotz einer Streichung der Kriegsschulden an Amerika nicht erholen. Borah lehnte gleichzeitig den kürzlich vorgeschlagenen von Alfred Smith ab, der bekanntlich auf ein zwanzigjähriges Moratorium und eine Abschreibung vom Schuldkonto der europäischen Schuldnerstaaten in Höhe von 25 Proz. der amerikanischen Ausfuhr nach Europa hinauszielte. Es sei sehr unwahrscheinlich, so meinte Borah, daß dieser Plan die amerikanische Wirtschaft wesentlich haben und Europa wirklich helfen würde. Nutzen würden davon nur die Besitzer europäischer Wertpapiere haben, und inzwischen müßte der schwer geplagte amerikanische Steuerzahler die Kosten tragen.

Im Staatsdepartement erklärte man, von der britischen Regierung keine Benachrichtigung erhalten zu haben, daß sie keine weiteren Zahlungen an Amerika leisten wolle. Da sich die britischen Zahlungen an Amerika mit den von Europa an England zu leistenden Verpflichtungen aus dem Weltkriege ungefähr die Waage halten, also das britische Budget gar nicht beeinflussen, so legt man

Chamberlains Erklärung keine erhebliche Bedeutung

bei, sondern nimmt an, daß die britische Regierung nur das Ergebnis der Kaufmann-Konferenz abwarten will, bevor sie diese Posten dem Budget einfügt. Später eintrreffende Meldungen aus London bestätigten diese Auffassung des Staatsdepartements, woraufhin dort erklärt wurde, es sei demnach keine Veranlassung zu irgendeiner Stellungnahme.

Noch nicht genug geschlagen!

Hugenberg will — — — Reichstagswahlen.

Unter der „Ueberschrift „Die Niederlage des Systems“ veröffentlicht der Presseschef der DKB, Hans Brocius, in den parteiamtlichen Mitteilungen längere Ausführungen zum Ergebnis der Reichswahl, in denen es u. a. heißt: „Schließlich aber muß der Reichspräsident v. Hindenburg einsehen, daß auch Millionen seiner Wähler die Beseitigung des Kurles Brüning-Braun fordern, und daß er nur dem Willen des Volkes Rechnung trägt, wenn er auch den überalterten Reichstag auflöst und hier die Bahn für eine Rechtsregierung freimacht. Die Deutschnationale Volkspartei hat am 25. April den neuen Kampf begonnen. Sammlung der eigenen Kräfte und Einsatz zur endgültigen Beseitigung des Systems sollen Hugenberg die Grundlage zu seiner Wiederaufbauarbeit schaffen.“

Der Nazifreund.

Gemeindevorsteher seines Amtes enthoben.

Der Landrat des Kreises Düren hat gestern verfügt, daß der Gemeindevorsteher Hansen des Ortes Jakob-Willeshelm vorläufig sein Amt nicht mehr wahrnehmen darf. Die Maßnahme wird damit begründet, daß Hansen am vergangenen Sonnabend bei einer Jantrumpersammlung Nationalsozialisten, die in den Saal gedungen waren und dort großen Lärm verursachten, unterstützt habe. In dieser Versammlung kam es zu Tätlichkeiten, und das Dürener Ueberfallkommando räumte schließlich den Saal mit dem Gummiknüppel.

Nachspiel zu Langewiesen.

Bürgermeister Borch will Disziplinarverfahren gegen sich beantragen.

Bürgermeister Borch, dessen Vorgehen bei der Auflösung der SA und SS zu verschiedenen Vorwürfen gegen ihn geführt hatte, hat sich auf Grund eines Urteiles bei seiner vorgesetzten Behörde, dem Kreisamt in Arnstadt, krank gemeldet. Er bedarf nach dem Urteil zur Wiederherstellung seiner Gesundheit eines mehrwöchigen Urlaubs. Seine Amtsgeschäfte übernimmt bis auf weiteres der sozialdemokratische Beigeordnete Leufel. Bürgermeister Borch erklärt, daß er beim thüringischen Ministerium ein Disziplinarverfahren gegen sich zur Klärung der Angelegenheit beantragen wolle.

Ein törichtes Experiment.

Zur Senkung der Branntweinsteuer.

Im „Reichsanzeiger“ wurde gestern die Verordnung über die Senkung der Branntweinsteuer bekanntgegeben.

Seit Jahren klagten die Branntweininteressenten, von den groß-agrarischen Schnapsbrennern bis zu den Gastwirten, über den Rückgang des Branntweinkonsums. Die Ursache des Verbrauchsrückganges wird natürlich nicht in der Einsicht gesehen, daß übermäßiger Alkoholgenuß schädlich sei, sondern die Branntweinsteuer soll an allem schuld sein. Dabei hat der Schnapskonsum schon lange vor Erhöhung der Branntweinsteuer abgenommen.

Durch die Krise ist selbstverständlich der Verbrauch noch weiter zurückgegangen. Nach langem Widerstreben hat sich jetzt die Regierung von den Interessenten überzeugen lassen, daß die riesigen Vorräte an Branntwein nur durch eine Senkung der Steuer verringert werden könnten. Durch Rationierung wurde die Branntweinsteuer von 400 auf 250 Mark je Hektoliter ermäßigt, worauf vom Beirat der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein der Verkaufspreis für Trinkbranntwein ab gestern von 6 auf 4 Mark herabgesetzt wurde.

Die Hoffnungen auf eine Konsumbelebung, die nach Ansicht der Interessententeile aus dieser Preisermäßigung entstehen sollen, teilen wir nicht. Vielmehr halten wir die ständige Verringerung des Branntweingenusses für zwangsläufig. Abgesehen davon ist auch der Kaufkraftschwund bei der arbeitenden Bevölkerung schon so groß, daß diese Preisermäßigung zu keiner Verstärkung des Branntweinkonsums führen wird. Dem notleidenden Branntweinmonopol wird also nicht geholfen.

Auf der anderen Seite entsteht aber durch die Steuerentlastung eine Verringerung der Steuereinnahmen in Höhe von 45 Millionen Mark. Da bereits durch die Senkung der Biersteuer eine Schwächung der Steuereinnahmen in Höhe von rund 150 Millionen Mark eingetreten ist, betragen die Mindereinnahmen an Steuern durch die Senkung der Bier- und Branntweinsteuer beinahe 200 Millionen Mark. Selbst wenn die Verringerung der Steuereinnahmen durch eine Erhöhung des Konsums im nächsten Jahre nur 150 Millionen Mark betragen sollte, was hätte man mit diesen 150 Millionen für die Arbeitsbeschaffung beitragen können; jetzt werden sie wahrscheinlich nutzlos verpulvert.

Durch die Senkung der Branntweinsteuer wird die Reform der Branntweinwirtschaft auch nicht weniger notwendig. Man entzieht sich vergeblich der Erkenntnis, daß allein durch Anpassung der Produktion an den gesunkenen Konsum die jegliche den Verbrauch und den Staat gleichermaßen schädigende Spirituswirtschaft geändert werden kann.

Reise nach dem Süden.

Es braucht nicht immer die Riviera zu sein, wenn man zum Reisen das Gute und Schöne billiger und näher hat. Ein Ausflug nach dem neuen Volkspark Mariendorf ist jedenfalls auch nicht zu unterschätzen. Jetzt im beginnenden Frühling gibt dieser Volkspark seine Premiere. Schöne Partien im bewegten Gelände, mit kleinen Seen, mit Planschbecken und kleinem Tierpark. Bewunderung erregt der künstliche Berg, dessen Spitze zu erklimmen für nicht geübte Bergsteiger Schwierigkeiten bereitet. Der Bezirk Tempelhof hat sich mit der Schaffung dieses Freigeldes sehr verdient gemacht; der Mariendorfer Volkspark soll für den Süden Berlins dasselbe werden wie der Volkspark Rehberge für den Norden.



Der See im neuen Volkspark Mariendorf.

Mutter Seidler.

Sklarek-Prozess im Schlafzimmer einer Wahrsagerin.

Der Sklarek-Prozess wurde gestern an einer ungewöhnlichen Stelle verhandelt, nämlich in dem Schlafzimmer der Frau Seidler, im Hause Körnerstraße 5. Richter, Angeklagte und Verteidiger, etwa 30 Personen, drängten sich in dem engen Raum der bettlägerigen, 63 Jahre alten Frau, die den religiösen Eid mit besonderer Betonung leistete. Die Vernehmung der Wahrsagerin gestaltete sich äußerst interessant, da sie nicht nur von ihren Wahrnehmungen berichtete, sondern auch die Angeklagten, besonders die beschuldigten Beamten der städtischen Verwaltung, außerordentlich stark belästigte und die Dinge bestätigte, die sie in der Voruntersuchung dem Untersuchungsrichter mitgeteilt hat und auf denen zum größten Teil die Anklage basiert. Frau Seidler berichtet:

Mag Sklarek habe ich durch Kriminalkommissar a. D. Grützmaier 1919 oder 1920 kennengelernt, der eine Auskunft hatte. Er suchte mich auf und brachte eine Offerte. Ich legte meine Binde um und sagte ihm, was ich sah. Ich erklärte ihm: „Sie müssen über das Tempelhofer Feld nach Reutal gehen. Da werden Sie einen Herrn an einem kleinen Häuschen stehen sehen, der ist etwas, das ist nicht Brot, das ist nicht Beistehen. Fragen Sie diesen Herrn, an wen Sie sich wenden sollen.“ Dann sah ich die Offerte an, und sie war wirklich aus Reutal. Mag befolgte auch meinen Rat und ging nach Reutal. Da stand an einer Bude ein Herr und sah aus einer braunen Tüte Schnecken. Auf den ging Mag S. zu und fragte ihn, an wen er sich wegen der Geschäfte mit der Stadt wenden solle. Und da sagte dieser Herr: „Da bin ich ja zuständig.“ Es war nämlich — Herr Kieburg, mit dem hat er dann Geschäfte gemacht.“ — Wer Mag Sklarek war, wußte ich nicht. Er hatte mir nur gesagt, daß sie drei Brüder seien und ein Geschäft mit Textilwaren in der Wallstraße hatten. Was Textilwaren sind, wußte ich gar nicht. Vor: Wie oft kam denn Mag Sklarek zu Ihnen? Zeugin: Er kam sehr oft. Willy Sklarek ist nie über meine Schwelle gekommen. Ich habe ihn nur zweimal gesehen. Ich war immer gegen ihn eingenommen, weil Mag sich immer darüber beklagte, daß seine beiden Brüder sich um nichts kümmerten und nur zur Rennbahn gingen. Auch Leo hat oft über seinen Bruder Willy geschimpft.

Mag und Leo.

Mag hat mir von seinen Geschäften immer von A bis Z erzählt. Einmal sprach ich auch mit ihm und da sagte ich: „Ich sehe eine große Summe Geld, da ist aber ein alter Herr dabei.“ Bald darauf wurde die erste Million durch Herrn Bamberg gegeben. Dann kam Moritz Rosenthal, der hat drei Millionen gewährt. Wenn er Geld bekommen hatte, sagte Mag: „Da geht so viel ab an Zinsen und Spesen, der kommt und der kommt und der kommt und will etwas haben“, so daß ich noch meinte: „Da wird ja vielleicht das Loch größer, als der Segen ist.“ Frau Seidler befandete ferner, daß die Sklareks englisches Geld durch Vermittlung von Rosenthal bekommen sollten, der ja die großen Wädhelieferungen hatte. Nachdem Rosenthal in England keinen Kredit bekommen hatte, sollte amerikanisches Geld gegeben werden. Leo und Willy Sklarek wollten ja auch mehrmals aus dem Geschäft raus und abgefunden werden. Vor: Hat Leo Ihnen auch von den Geschäften erzählt? Zeugin: Jawohl. Er erzählte mir aber auch von seinem persönlichen Leben und hat, ich

möchte doch nichts Schlimmes von ihm denken, er möchte ja gerne zu Hause bleiben und sollte sein. Einmal sagte er: „Gestern haben sie mich wieder in der Nacht aus dem Bett geholt, und ich mußte mich mit ihnen besaufen.“

Frau Seidler erzählte dann weiter, daß Leo Sklarek sie im August 1929, also kurz vor dem Zusammenbruch, nach der Kommandantenstraße gebeten hätte, wo sie Willy Sklarek kennenlernen sollte. Leo sagte mir, Mag lügt wie immer, Sie sollen von Willy Sklarek erfahren, wie es wirklich ist. Willy sagte dann, als er ins Zimmer kam: „Gnädige Frau, Sie sollen die Wahrheit hören. Es heißt immer, es kommt das Geld, womit wir unsere Verpflichtungen bei der Stadtbank abdecken können. Wenn dies Geld nicht kommt, stehen wir als die größten Lügner und Betrüger da. Wir behelfen uns schon lange Zeit mit Schecks. Wenn uns nicht bald gehalten wird, gehen wir kaputt. Rosenthal verspricht immer, daß wir Geld bekommen sollen, aber es kommt nichts. Wenn wir das Geld nicht heranschaffen, sind wir schlimmer als Barماج und Kuffler- und kommen ins Zuchthaus.“ (Bewegung.) Vor: Was hat Mag Sklarek denn dazu gesagt? Zeugin: Nichts; er hat den Mund zusammengekniffen und war freibleibend. Leo versuchte ihn noch zu beruhigen. Vor: Ist Leo Sklarek nicht zwei Tage vor der Verhaftung zu Ihnen gekommen und hat gesagt: „Jetzt ist es Zeit, etwas beiseite zu schaffen?“ Leo bestreitet nämlich, daß er diese Versicherung im Sinne einer Schädigung der Gläubiger gebracht habe. — Frau Seidler erklärte, daß sie die Worte Leo Sklareks damals nicht in diesem Sinne aufgefaßt habe.

Frau Seidler als Hellseherin.

Dann gab es eine längere Debatte über die hellseherischen Fähigkeiten Frau Seidlers. Rechtsanwalt Dr. Pindar: Sie behaupten, daß Sie hellseherische Fähigkeiten haben. Zeugin: Ich behaupte von mir gar nichts. Die Menschen, Wissenschaftler und Ärzte, Professor Schrenk-Rohring u. a. sagen es von mir. Frau Seidler schilderte dann einen Traum: Vor etwa drei Jahren träumte ich, ich sei auf einem großen Berg, und da standen Galgen, an denen sollten alle drei Sklareks aufgehängt werden. Eine Menge Staatsanwälte waren da, und es waren schon sechs oder sieben Schlingen gemacht. Da vereinigten sich alle Schlingen zu einer, und ich steckte meinen Kopf rein. Daraufhin wurden Feldblumen mit Büchern angefüllt, in denen Geld war, und damit wurde ihre Schuld abgedeckt. Wenige Monate vor ihrer Verhaftung im Juli 1929 hatte ich einen anderen Traum, da erschien mir meine tote Mutter, und ich sah dann plötzlich drei Jungen, die den Sklareks ähnlich waren, auf einer Schaukel. Sie schaukelten wie toll und tanzten sich vor Freude und ausgelassenheit gar nicht lassen. Wählich stürzten alle drei herunter und fielen in ein großes Loch, in dem sie beschmutzt und zerfressen liegen blieben. Rechtsanwalt Dr. Pindar: Zu Ihnen kamen viele hochgestellte Persönlichkeiten, um ihr Schicksal zu erfahren? Zeugin: Jawohl, Angehörige jedes Standes sind zu mir gekommen. Dr. Pindar: Haben Sie nicht auch während des Krieges mit dem Großen Hauptquartier in Verbindung gestanden? Zeugin: Darüber möchte ich schweigen. Das steht aber alles in den Akten.

Auf Fragen von Rechtsanwalt Dr. Buppe schilderte die Zeugin ferner, daß sie an Oberbürgermeister Boeh einen Brief mit einer

Schilderung über die Verfehlungen Kieburgs geschrieben habe. Diesen Brief habe ihr Kieburg einige Tage später gezeigt und erklärt, daß er ihn durch Stadtrat Schünning erhalten habe. Die Sklareks seien auch durch Kieburg herringelagt worden. Von dem Angeklagten Degner behauptete die Zeugin, daß er nach den Erzählungen von Mag und Leo Sklarek die Verträge mit der Stadt ausgearbeitet und Beschwerden beim Bezirksamt Prenzlauer Berg beigelegt habe. Von Schünning habe Leo erzählt, daß er sich regelmäßig Beträge abhole und immer nach Geld verlange, wie ein Kind nach der Flasche. Auch den Bürgermeister Schneider befragte die Zeugin. Mag Sklarek sei einmal gekommen und habe gesagt: „Heute ist mir das stärkste Ding meines Lebens passiert. Bürgermeister Schneider vom Bezirksamt Mitte wollte 5000 Mark für eine Hypothek haben und hat mir einen Schuldschein ausgestellt.“ Sie habe zu ihm gesagt: „Wenn er ein Ehrenmann ist, gibt er Ihnen das Geld auch ohne Schuldschein wieder. Zerreißen Sie den Schein und dann werden Sie es feststellen können. Ich war ganz empört, als ich hörte, daß Bürgermeister Schneider im Prozeß den Empfang der Summe abgestritten hat. Reingelbter hätten Kuhl, Hoffmann, Degner und Sakoloffski bekommen; Gabel habe verschiedene Gegenstände erhalten und Mag habe sich oft bitter beklagt, daß Menschen in guter Stellung immer nur wegen des Geldes zu ihm kamen.“ Frau Seidler bestätigte auch den Zusammenhang zwischen den Zuwendungen und den pflichtwidrigen Handlungen Degners und Gabels, erwähnte auch die Revisionen der Stadtbankbeamten und daß Mag darüber gefagt hätte: „Wenn ernstlich nachgeprüft werde, könne ein Bahrjunge das ganze Gebäude umwerfen.“ Es sei ihr auch bekannt gewesen, daß Frau Hoffmann einen Pelz, Frau Schneider einen Blauschuß und Frau Oberbürgermeister Boeh einen Pelz bekommen habe, der 4000 Mark kostete und der ihr mit 375 Mark berechnet worden war, die sie aber auch nicht bezahlte. Sehr erregt wurde die Zeugin, als Justizrat Berthauer, der Verteidiger des Bürgermeisters Schneider, ihr vorhielt, daß sie von den Sklareks wöchentlich 200 Mark erhalten habe.

Durch das Kreuzfeuer der von den Verteidigern an sie gerichteten Fragen wurde Frau Seidler sehr erschöpft. Die Anwälte verzichteten auf weitere Fragen und der Vorsitzende vertagte die Verhandlung auf Mittwoch.

Bier tödliche Unfälle.

Ghepaar beim Ausflug getötet!

In den letzten 24 Stunden ereigneten sich in Berlin mehrere schwere Unfälle, bei denen vier Menschen den Tod gefunden haben.

An der Kreuzung Kommandantenallee und Gartenfelder Straße in Siemensstadt prallte ein Motorrad mit einem Lastauto zusammen. Der Führer des Rades, ein 38 Jahre alter Lischer Max Grubisch aus der Feldstraße 14 in Spandau, und seine 35jährige Frau Emma, die im Beiwagen saß, wurden aufs Straßenpflaster geschleudert, wo sie mit schweren inneren Verletzungen und Schädelbrüchen bewußtlos liegen blieben. Die Verunglückten wurden ins Spandauer Städtische Krankenhaus gebracht, wo sie bald nach ihrer Einlieferung starben. Die Leichen sind von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden.

Vor dem Hause Köttbuser Damm 89 wurde der 35jährige Dreher Hugo Frischke, Köttbuser Damm 6 wohnhaft, von einem Motorradfahrer erfasst und zu Boden geschleudert. Er erlitt einen doppelten Schädelbruch, an dessen Folgen er im Urban-Krankenhaus gestorben ist.

Zuf tragische Weise kam der 36 Jahre alte Wertmeister Paul Albrecht aus der Sparrstraße 23 ums Leben. A. ist bei den Berliner Baustoffwerken in der Friedelstraße 14 beschäftigt. Beim Ausladen von Brettern aus einer Lore rutschte Albrecht aus und schlug mit dem Hinterkopf so unglücklich auf den Zementboden auf, daß er auf der Stelle getötet wurde.

Der rote Reiter von Fürstenwalde.

Neuer Hochverratsprozess.

Leipzig, 25. April.

Vor dem Reichsgericht begann ein Hochverratsprozess gegen den Obergeleiteten Fritz Engwicht sowie weitere elf Personen, größtenteils Arbeiter und Angestellte aus Fürstenwalde, darunter den Magistratsbeamten Wilhelm Schulz. Die Angeklagten hatten eine geheime Organisation gegründet, die den Zweck verfolgte, die Reichswehr sowie die Polizei für kommunistische Ideen zu gewinnen. Der Obergeleitete Engwicht hatte mit den anderen, vor allem mit Schulz, mehrere Zusammentreffen, bei denen über die Zerlegungstätigkeit bei der Reichswehr gesprochen wurde. Im Falle des Mißlingens der Pläne sollte Engwicht die Möglichkeit verschafft werden, nach Rußland zu fliehen, wo man ihm angeblich einen neuen Betätigungskreis zugewiesen hätte. Zu der Verhandlung sind als Zeugen viele Reichswehrkameraden Engwichts geladen, an die sich die Angeklagten herangemacht hatten. Der Prozeß dürfte einige Tage dauern.

An der aller Genosse Franz Bange, Charlottenburg, Rosinenstraße 4, der kürzlich seinen 70. Geburtstag begehen konnte, bürdet uns, auf diesem Wege allen Gratulanten seinen herzlichsten Dank zu übermitteln.

Ein Riesenerfolg!

Warum?

GOLD SABA

CIGARETTEN in Gold

neue Packung

verstärktes Format

3 1/3

herabgesetzter Preis

Agypter-Format

Dank

des neuen, luftdichten

Humidor **Handlens-Packung**

ist „Gold Saba“ immer

- so mild
- so frisch
- und aromatisch

Fürsten, Prinzen und Bilder.

Tolle Zustände bei der Bank für Deutsche Beamte.

In dem Prozeß vor der Strafkammer gegen Alois Weber und Genossen wegen des Zusammenbruchs der Bank für Deutsche Beamte wurde der Angeklagte Maxler Egon Freiherr v. Buchwald eingehend über die Bilderbesitztümer der Bank, an denen er hervorragend beteiligt war und die der Bank Millionenverluste gebracht haben, vernommen. Die Verhandlung brachte den Beweis, in wie erstaunlich leichtfertiger Weise die mühsam erparten Gelder der Einleger vergeudet wurden. Ein deutscher Prinz spielt dabei eine recht lässige Rolle.

Der 43 Jahre alte Angeklagte ist der Sohn des verstorbenen Oekonomierats und Gutsbesizers Kemath, der seinen Erben einen umfangreichen Grundbesitz in Wilmersdorf hinterlassen hatte. Der Angeklagte hat aber sein Erbe bis auf wenige Ansprüche längst verbraucht. Im Jahre 1922 wurde er von dem alten Freiherrn v. Buchwald adoptiert. Von dem Angeklagten Treumann wurde v. Buchwald dem Lombardhaus Bitterlich und der Bank nach Abschluß des ersten Lombardes auf den „echten“ del Sarto, als eine Erhöhung des Lombardes gewünscht wurde, als Vertrauensmann der Botsdamer Fürstenfamilie präsentiert und als ehemaliger Gardeoffizier vorgestellt. Buchwald wurde Eigentümer des del Sarto und gab für die Erhöhung des Lombardkredits weitere 19 Bilder, angeblich auch aus dem fürstlichen Familienbesitz. Später brachte v. Buchwald immer mehr Bilder, die er beileihen ließ. Innummern gab der Angeklagte jetzt zu, daß er alle diese Bilder von Kunsthändlern gekauft habe. Die Bilder seien ihm auf eine Woche überlassen worden. Nachdem er dann den Lombard von der Bank erhalten hatte, habe er mit diesem Geld die Bilder gekauft. Buchwald zahlte auch an die Bank die hohen Zinsen von dem Gelde, das er von der Bank selbst erhalten hatte. Von den erhaltenen Lombardsummen in Höhe von 560 000 M. seien ihm aber nur 80 000 M. geblieben, denn er habe 230 000 M. für den Ankauf der Bilder, 84 000 M. für Zinsen gezahlt, und dann seien noch die 2 Proz. Zinsen, die Provisionen und Spesen abgegangen. Das übriggebliebene Geld habe er für seinen Lebensunterhalt und zur Bezahlung von Spielverlusten verwendet.

Nach diesen Bildergeschäften hat es Buchwald verstanden, von der Bank noch persönliche Kredite bis zu 570 000 M. zu erhalten. Als Sicherheit gab er seine angeblich hohen Erbschaftsansprüche, sein Auto und seine Wohnungseinrichtung an. Für die Bank war bei der Kreditgewährung vor allem maßgebend, daß v. Buchwald Besitzer des del Sarto war, den man auf Millionen schätzte. Schließlich tauchte der Prinz August von Hohenlohe-Dehringen auf, der die Bilder für 2 Millionen Mark kaufte und einschließlich der Verzugszinsen Wechsel über 2,2 Millionen Mark gab. Dafür bekam er dann aber von der Bank einen Diskontokredit von 2 Millionen Mark, für den die Bilder der Bank als Sicherheit dienten. Nachdem dieses Geschäft abgeschlossen worden war und der Prinz die 2 Millionen Mark bar erhalten hatte, erschien der Vormund des Prinzen auf der Bildfläche und forderte die Gültigkeit der Wechsel an, da der Prinz — wegen Verschwendungslust entmündigt war. Die Wechsel waren also nichts wert und die Bank war 2 Millionen Mark los; sie mußte zufrieden sein, daß der Prinz sich verpflichtet, ganze 100 000 M. zurückzuzahlen.

Autofallen in Mecklenburg.

Landstraßenverbrecher am Werk.

Güllstrow, 24. April.

Unbekannte Personen hatten auf der Güllstrow-Teterower Landstraße einen elf Meter langen Koppeldraht als Autofalle gespannt, wodurch der Autofahrer Wilhelm Breuch aus Telecom mit seinem Motorrad verunglückte. Er wurde zu Boden geschleudert und erlitt erhebliche Verletzungen. Nunmehr haben vermuthlich die gleichen Täter auf der Teterow-Warenzer Landstraße einen gleichen Anschlag verübt. Hier fuhren zwei Radfahrer gegen das Seil und kamen zu Fall. Am Abend gegen elf Uhr wurde das Drahtseil an der gleichen Stelle erneut gespannt. Ein dagegenfahrendes Personenauto wurde von den Tätern mit Steinen beworfen, wobei fast sämtliche Scheiben des Autos in Trümmer gingen. Bisher ist es nicht gelungen, die Verbrecher zu fassen.



Aus dem Russischen Übertreten von Werner Bergengruen.

Mein jüngerer Bruder ist Musiker. Geiger. Er studiert am Konservatorium. Sein Brief kommt aus dem Lazarett. Der linke Arm ist ihm amputiert worden.

Die Tränen treten mir in die Augen. Ich kann nicht an mich halten und muß lange weinen, ohne daß ich es will. Unsere Erholungszeit in dem beaglichen Outshauke ist zu Ende. Wieder torkeln wir in langer Marschkolonne weg auf und weg ab, ohne zu wissen, wohin und warum.

Wir nähern uns abermals der Front. Rechts hören wir entferntes Artilleriefeuer und sehen plötzlich aufspendenden Feuerschein am Himmel. Bei Tage gewahren wir unterwegs zahllose Truppenverbände, Geschütze, Train und Sanitätskolonnen.

Aus den stumpfen und gleichgültigen Augen der Soldaten spricht unterwürfige Ergebung. Wir sind schmutzig, zerlumpt, stoppelbärtig, wir haben seit Wochen keine menschliche Behausung vor uns gesehen, haben im Erdboden herumgewühlt; so sehen wir wie Höhlenbewohner aus. Unsere seit Monaten nicht mehr gewaschenen Gesichter, überzogen mit einer dicken Schicht von Schmutz, Fett und Schweiß, unsere seit vielen Wochen nicht mehr rasierten Barden und Rinne und unsere vom Schmutz dunkelgrau gewordenen Sammelmützen, das alles gibt uns das Aussehen menschentümlicher Tiere.

Wir reagieren kaum auf die Dinge unserer Umwelt. Die Denkfähigkeit ist uns erdglütig abhanden gekommen. Unser verwildertes Leben dümpelt uns der naturgegebenen Daseinszustand, es ist, als könne es gar nicht anders sein.

Nichts regt uns auf, nichts beunruhigt uns, nichts setzt uns in Schreden. Unsere Seelen sind verodet, verwüstet und ausgebrannt wie Dorfputzen nach einer Artilleriebeschichtung. Wir sind ohne Hoffnungen, ohne Glauben, ohne Wünsche,

Wie das Stadtparlament aussehen würde.

Mehrheitsbildung würde im Rathaus noch schwieriger sein.

Der für die Sozialdemokratie gute Ausfall der gestrigen Landtagswahlen in Berlin gibt Veranlassung zu einer Betrachtung darüber, wie bei den erzielten Stimmenergebnissen die Berliner Stadtverordnetenversammlung jetzt aussehen würde.

Bei der Stadtverordnetenwahl am 17. November 1929 erhielt die Sozialdemokratie 651 735 Stimmen, während sie es bei der gestrigen Landtagswahl auf 797 000 Stimmen brachte. Sie hat also gegenüber der letzten Stadtverordnetenwahl einen Gewinn von 145 265 Stimmen zu verzeichnen. Die Kommunisten haben gegenüber der Stadtverordnetenwahl 82 482 Stimmen gewonnen. Die Wahlergebnisse stiegen bei ihnen von 565 505 auf 648 077. Ganz erheblich abgenommen haben die Deutschnationalen. Während sie bei der letzten Stadtverordnetenwahl 404 756 Wähler für sich einfingen konnten, haben sie es gestern nur noch auf 225 513 gebracht, so daß sich also ein Verlust von 179 243 Stimmen ergibt. Das Zentrum bucht eine Zunahme von 5829 Stimmen.

Wie bei der Landtagswahl, so wären in einer Stadtverordnetenversammlung, die jetzt gewählt werden würde, die bürgerlichen Mittelparteien fast-ganz aufgerieben. Die Volkspartei

hat 127 906, die Wirtschaftspartei 80 374 und die Deutsche Staatspartei 54 668 Stimmen verloren. Dagegen konnten die Nationalsozialisten ihre 182 031 Stimmen vom November 1929 auf 764 840 bei der gestrigen Wahl erhöhen. Sie gewannen also 632 809 Stimmen.

Insgesamt hätten also die neun Parteien, die augenblicklich im Berliner Rathaus vertreten sind, nach dem gestrigen Wahlausfall 2 681 154 Stimmen. Da die Stadtverordnetenversammlung eine durch Gesetz festgelegte Zahl von 225 Mitglieder hat, so ergeben sich für die einzelnen Parteien folgende Mandatsstärken, wobei wir die jetzt vorhandene Zahl der Mandate in Klammern einfügen. Sozialdemokraten 67 (66), Deutschnationale 18 (40), Zentrum 9 (8), Kommunisten 35 (34), Volkspartei 2 (16), Staatspartei 7 (14), Nationalsozialisten 64 (14), Christlicher Volksdienst 1 (3). Die Wirtschaftspartei wurde von ihren zehn Mandaten nur ein einziges retten.

Eine Mehrheitsbildung für eine vernünftige Kommunalpolitik im Rathaus würde nach diesem Ergebnis noch schwieriger sein als sie bisher schon ist.

Klemfes Tod.

Der dritte Tag im Felsenod-Prozeß.

Der Felsenod-Prozeß schleppt sich nur mühselig vorwärts. Gestern konnte erst der vierte angeklagte Nationalsozialist Knuth vernommen werden. Vorher hatte aber noch der frühere Kommunist, jetzt Nationalsozialist Schwarz auf verschiedene Fragen Liebe und Antwort zu stehen. Dieser bereits zweimal wegen Körperverletzung verurteilte Knuth will nicht wissen, wie und unter welchen Umständen der Arbeiter Klemfe getötet wurde. Sein mitangeklagter Genosse Willbold, der ihn belastet hatte, wurde von ihm für gelisteskrank erklärt. In die Enge getrieben, war er gezwungen zuzugeben, daß er als erster den Schlag gegen den Kolonisten Klemfe geführt hat. Er schilderte ausführlich, wie der Sturmbannführer Schulz vom Polizeihauptmann Köhl aus der Versammlung herausgerufen wurde und später zu den SA-Leuten sagte, daß man die gefährdeten Kameraden nach Hause begleiten müsse. Als in der Kolonie Felsenod nach Anbruch des SA-Tages das Alarmzeichen ertönte und Schrockschüsse abgefeuert wurden, sah er plötzlich einen Mann mit einer Latte in der Hand auf sich zulaufen. Er erhielt einen Schlag gegen die Schulter und schlug nun selbst mit seinem Koppel von unten nach oben zu. Er weiß anscheinend wirklich nicht, ob er den Schlag nicht etwa von einem Kameraden erhalten hat. Denn im selben Augenblick, da der Mann angeblich auf ihn zu lief, stürzten sich auf jenen mehrere SA-Leute, die vorher nach der Parade gefragt hatten. Immer mehr SA-Kameraden liefen hinzu, erzählt Knuth, schließlich waren es 10 bis 15 Mann, die auf den flüchtenden einschlugen, und aus dem Kreise, der ihn umgab, fiel dann auch der tödliche Schuß. Wer geschossen hat, will Knuth nicht gesehen haben, obgleich der Schütze ganz in seiner Nähe gestanden haben muß.

Eigentümlich, mit welcher Ruhe und Selbstverständlichkeit dieser Angeklagte die Tötung des Kommunisten Klemfe schildert. Man begreift nun auch, weshalb die SA-Leute den Umweg über Felsenod gewählt haben. Zwischen ihnen und den Felsenod-Kolonisten gab es seit jeher Zwistigkeiten: auf der Stempelstelle rumpelte man sich gegenseitig an. Man hatte also gewissermaßen eine alte Rechnung zu begleichen.

Zur Erledigung kamen gestern auch die Anträge der Verteidigung auf Haftentlassung von acht Kommunisten. Dr. Leppmann und Dr. Emers erklärten sämtliche Angeklagten als haftfähig, und das Gericht lehnte die Haftentlassung ab.

Den schweren Verbrechen in Amerika sind bisher in Arkansas drei, in Tennessee sieben und in Kentucky zwei Personen zum Opfer gefallen. Die Zahl der Verletzten ist vorläufig noch nicht zu übersehen.

Er schuldet dem Reich 83 000 Mark!

Steuerfahndung gegen einen Generaldirektor.

Das Finanzamt Breslau-Land hat gegen den früheren Generaldirektor Paul Lucas, zuletzt in Neubabelsberg bei Berlin, Kaiserstraße 24 wohnhaft, jetzt in Hölstein-Babel-Land, einen Steuerfahndungsbefehl erlassen. Lucas schuldet dem Reich eine Reichsfluchtsteuer von 83 475 Mark.

Um den zahlreichen Gerüchten, die im Zusammenhang mit der Aufdeckung des riesigen Devisenschmuggels in Köln entstanden sind, entgegenzutreten, veröffentlicht die Zollfahndungsstelle Köln nunmehr den Namen des hauptsächlich beteiligten Bankiers. Es handelt sich um den Inhaber des Privatbankgeschäftes Wilhelm Schlegel in Köln-Neustadt. Die Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen.

Unter Sandmassen verschüttet.

Ein Wandervogel erstickt, zwei gerettet.

Düsseldorf, 25. April.

Ein folgenschweres Unglück ereignete sich in einer Sandgrube im benachbarten Homberg. Mehrere Wandervogel hatten sich dort, um vor dem Regen Schutz zu suchen, in eine Sandgrube geflüchtet. Plötzlich kamen die Sandmassen ins Rutschen und begruben drei Wandervogel unter sich. Die nicht verschütteten Wandervogel begannen sofort mit den Rettungsarbeiten und hollen Einwohner Hombergs zu Hilfe. Nach kurzer Zeit konnten die drei Verschütteten geborgen werden; einer von ihnen war erstickt, der zweite war nur leicht verletzt und wurde dem Krankenhaus zugeführt; der dritte kam mit dem Schrecken davon.

Schwere Verkehrsstörung in Berlin.

Durch einen seitlichen Unfall wurde gestern nachmittag in der Tauentzienstraße der gesamte Straßenbahnverkehr nahezu 45 Minuten lang lahmgelegt. An den Tauentzienstraßen, Ecke Nürnberger Straße, waren Arbeiter mit dem Abräumen von Reifensplatteln beschäftigt. Plötzlich kippte die hohe mechanische Leiter um und fiel auf die Oberleitung der Straßenbahn, wo sie sich derzeit in den Drähten verding, daß die alarmierte Feuerwehr über eine halbe Stunde brauchte, um die Leiter aus den Straßenbahn-Drähten wieder zu lösen. Inzwischen hatten sich lange Wogenreihen angewammelt. Nach dreiviertelstündiger Störung, die sich in der Hauptverkehrsstraße sehr empfindlich auswirkte, konnte der Straßenbahnverkehr wieder aufgenommen werden.

ohne Leid oder Mitleid. Wir bewegen uns apathisch, träge, gedankenlos und schläfrig. Leiden, Blut und Verderben anderer Menschen kümmert uns nicht mehr, wie uns auch die beständige Drohung des eigenen Todes nicht mehr schreckt.

Seitlich vom Wege liegt mitten in einem dünnen Walde eine kleine Lichtung, deren Boden mit einer dicken Schicht trockener, gelber Blätter bedeckt ist. Am Rande der Lichtung zieht sich ein langer, frisch aufgeschütteter Hügel hin, zum Teil mit Tannengrün bedeckt. Mitten auf dem Hügel ist ein großes hölzernes Kreuz errichtet. Am Fuß des Kreuzes ragt aus dem Boden ein weißes Brett mit einer einfachen, handgeschriebenen, vom Regen verwischenen Aufschrift. Unter diesem Kreuz liegen hundertzweiundvierzig Mann. Um das Massengrab herum liegen viele kleine Grabhügel verstreut. Einige sind ohne Kreuz, andere haben ein kleines Kreuz aus zwei abgehälften, zusammengebundenen Ästen.

Es ist ganz still auf der Lichtung. Die Bäume bewegen sich leise. Unter den Füßen der Soldaten raschelt das Laub. Hinter dem Walde liegt, den engen, neben der Birkenreihe herlaufenden Graben entlang, eine lange Reihe toter Soldaten. Sie liegen nebeneinander wie in Reih und Glied und haben neue Mäntel, gleichmäßig graue Pelzmützen und helle Stiefel. Sie müssen zu einem neu formierten und neu equipierten Truppenteil gehört haben.

Offenbar wurden sie von Maschinengewehr- oder Gewehrfeuer hingemäht, und darum sind sie fast ohne Blut- und Schmutzspuren und auch nicht verunstaltet. Die Gesichter sind von fliederfarbener Bläue, wie mit der gleichen Farbe bespritzt. Der bärtige Flügelmann hat einen offenen Mund, fest die Zähne und seine Augen stehen halb offen. Er hat die Knie geträumt, die Sohlen ruhen auf der Erde. Sein Nebenmann hat sich ihm zugewandt und sieht mit weit geöffneten Augen vor sich, als müßte er aufmerksam seinen Kameraden. Der dritte streckt ein Bein in die Höhe, ein sinnloser Anblick, das Bein redet sich auf wie ein Gewehr.

Weiter liegen zwei Gefangene, die Gesichter einander zugewandt, als fürchten sie ein lautloses Gespräch. Am anderen Flügel starrt ein langer Arm mit einer mächtigen geballten Faust in die Höhe.

Jemand versucht, den Arm herunterzubiegen, aber es gibt nur ein trockenes Knistern und der Arm gibt nicht nach. Einige Kameraden, die gern neue Stiefel hätten, versuchen, den Toten die Stiefel auszuwickeln, aber die Stiefel haften fest an den gefrorenen Muskeln und rühren sich nicht von der Stelle.

Bei der Marschpause stoßen wir auf eine große Schar Gefangener. Viele von ihnen haben bereits ihre guten Stiefel und warmen Sachen gegen Brot und Tabak vertauscht. Sie haben keine Tornister mehr, keine Wäsche und nichts von all dem militärischen Kleinkram, den der Deutsche so peinlich genau in seinem Tornister mit sich führt. Viele sind leicht verwundet. Man sieht verbundene Köpfe, Arme, Gesichter.

Sie möchten so gern rauchen und sehen gierig auf unsere Leute, die sich ihre Zigarette oder Pfeife angestekt haben. Einige entschließen sich, zu bitten und bekommen ein paar Stummel, die sich kaum im Munde halten lassen. Aber schon nach dem ersten Zug reihen ihnen die Kameraden diese kläglich leberreife aus der Hand. Die Gefangenen haben seit gestern nichts zu essen bekommen, aber so ausgehungert sie sind, träumen sie doch mehr von Tabak als von Brot. Zwei ganz junge Burschen in schlecht sitzenden Röcken lehnen sich auf eine rührende Weise aneinander. Sie hatten sich abkalt und sehen uns schüchtern, fast kindlich an. Ich gebe ihnen mein Brot. Sie nehmen es zögernd entgegen, werden rot und bedanken sich dann eifrig. Köllige Kinder.

Inzwischen haben sich andere Gefangene und manche von meinen eigenen Kameraden um uns gedrängt. Ich erkläre den Gefangenen, daß sie jetzt nichts mehr zu befürchten haben und daß die Russen nicht böse und grausam sind.

Ein kleiner magerer Deutscher bedankt sich sehr ausführlich bei mir und hält die Hand um die geschenkte Pfeife Tabak sorglich geschlossen. Er ist Sagar, Schlosser von Beruz. Sein Vater ist ebenfalls Schlosser, arbeitet in einer Fabrik. Der Deutsche sagt:

„Von diesem Kriege habt weder ihr etwas, noch hat der deutsche Arbeiter etwas davon. Eine böse Lektion! Er soll uns eine Lehre sein, daß...“

Er redet noch weiter, und obwohl ich nicht alles verstehe, überzeuge ich es den Kameraden und vernünftige, um mich nicht zu blamieren, das Gehörte nach eigenem Ermessen.

Leute aus den anderen Bataillonen gefallen sich zu uns.

„Guten Tag, Kinder, wie gehts denn?“

„Es geht immer, solange man was zu fressen hat. Hat man nichts zu fressen, so krängt man sich was zusammen, kann man sich nichts zusammenkrängen, so lebt man eben von selbst!“

„Na, heute habt ihr euch wohl allerlei zusammengekrängt? Geht ja sogar noch den Deutschen ab.“

(Fortsetzung folgt.)

Was geht bei Burbach vor?

Eine nichtsfagende Erklärung der Verwaltung.

Schon in der vergangenen Woche liefen Gerüchte über bisher unbekannt, außerordentlich hohe Schulden des Burbach-Konzerns um. An diese Gerüchte knüpften sich zugleich persönliche Vorwürfe gegen den Leiter dieses Konzerns, Generaldirektor Korte, und den stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Moritz Schulze, wonach behauptet wurde, daß diese beiden führenden Männer von Burbach eigene Aktien zu hohen Kursen an die Burbach-Hauptverwaltung G. m. b. H. verkauft hätten. Die bei der Hauptverwaltung liegenden Konzernaktien sind mit einem Werte von 190 Frag. eingelegt, liegen also um das Vielfache über dem gegenwärtigen Börsenwert. Sehr bedenklich ist, daß bei dem im Burbach-Konzern besonders ausgebildeten Verschöndelungsmanövern das eigentliche Betriebsunternehmen des Konzerns, die Burbach-Rollmühle A.-G., für diese Aktien im Nennwert von 34 Millionen Mark die Garantie übernommen hat.

Die Verwaltung des Burbach-Konzerns hatte zunächst zu dieser öffentlichen Diskussion überhaupt nicht Stellung nehmen wollen. Herr Korte hatte erklärt, daß man erst die Bilanz abwarten wolle. Inzwischen hat sich die Burbach-Verwaltung doch zu einer Erklärung bequemt. Die allerdings zu dem Kernproblem überhaupt nichts sagt. Es wird lediglich erklärt, daß die Herren Korte und Schulze aus ihrem Besitz keinerlei Aktien oder Anteile an eine Konzerngesellschaft verkauft haben. Weiter heißt es, daß die Gesamtschulden des Konzerns — ohne die Syndikatsanleihe von 57 Millionen — 64,3 Millionen Mark betragen, die zum größten Teil als Auslandsschulden unter das Stillhalteabkommen fallen. Dem stangen Anfang April Forderungen in Höhe von 19 Millionen gegenüber. Zu der Frage des Aktienverkaufs von 34 Millionen Mark, wird gar nichts gesagt, auch nicht dazu Stellung genommen, warum die Verwaltung bei einer derartigen Lage den Gerüchten über eine Dividendenzahlung nicht entgegengetreten ist.

Die Tatsache, daß die Garantie der Burbach-Rollmühle A.-G. für die genannten 34 Millionen Aktien in der Bilanz nicht ausgewiesen wurden, stempelt den Fall Burbach zu einem neuen Aktienfandale, der aus neue den Beweis für die dringende Notwendigkeit der Reform des Aktienrechts erbringt. Auf Grund der neuen Bestimmungen wird die bevorstehende Burbach-Bilanz für 1931 diese Garantienpflichtungen ausweisen müssen. Bei der Klarstellung der Verhältnisse im Burbach-Konzern wird es sich auch zeigen, ob die noch im vergangenen Jahr gezahlte Korddividende von 12 Prozent, die einen hohen Millionenbetrag erforderte, nur eine Beste im Nachkampf zwischen Burbach und Bintershall und wirtschaftlich überhaupt nicht zu verantworten war.

Eine baldige und gründliche Klärung dieser dunklen Angelegenheit ist um so notwendiger, als die Commerz- und Privatbank eng mit dem Burbach-Konzern zusammenarbeitet, und die Frage liegt nahe, ob bei der kürzlich mit Steuergeldern erfolgten Sanierung dieser Großbank auch die Verhältnisse bei Burbach zur Diskussion gestanden haben.

Ostdeutsche Konsumvereinsbilanz.

Die Konsumgenossenschaften in der Wirtschaftskrise.

Im Verband ostdeutscher Konsumvereine e. V. sind nunmehr die statistischen Erhebungen für das Jahr 1931 abgeschlossen. Das Ergebnis stützt sich auf die von den angeschlossenen Genossenschaften aufgestellten Geschäftsjahresabschlüsse, die aber im Kalenderjahr zeitlich recht weit auseinanderliegen. Der größte Teil der Genossenschaften beendet das Wirtschaftsjahr am 30. Juni, der übrige Teil ultimo August, September und auch später. Die nach dem 30. Juni 1931 einsetzende Vertrauenskrise ist demzufolge nicht voll erfaßt. Die Ergebnisse beweisen aufs neue, daß die Konsumgenossenschaften trotz Wirtschaftskrise weiter in die Wirtschaft eindringen und den Verbrauchern eine starke wirtschaftliche Stütze in der Wirtschaftskrise sind.

Die Mitgliederzahl ist um 11 299 oder 3,11 Proz. auf 374 517 gestiegen. Die Kaufkraftschwächung durch Lohnabbau und Arbeitslosigkeit brachte einen Umsatzrückgang von 5,82 Proz. Der Umsatz betrug im Jahre 1930: 135 416 687 M., im Jahre 1931: 127 539 368 M. Die Anzahl der Verteilungsstellen ist nun 960 auf 1087 gestiegen. Der Wert der in den Genossenschaftsbetrieben hergestellten Erzeugnisse betrug 42 323 725 M. und ist gegen das Vorjahr um 6 455 303 M. oder 15,03 Proz. gestiegen.

Von der weiteren finanziellen Entwicklung der Verbandsgenossenschaften legen die Bilanzen Zeugnis ab. Unter den Aktiven werden die Betriebsbestände mit 23 385 450 M. (25 271 333 M.), der Grundbesitz mit 45 871 268 M. (39 757 981 M.), die angelegten und verfügbaren Werte mit 27 842 372 M. (31 219 403 M.) und die Forderungen mit 621 030 M. (536 880 M.) ausgewiesen. Die Passiven enthalten: Eigene Mittel (Geschäftsguthaben und Reserven) 15 237 344 M. (13 708 516 M.), Grundschuldschulden 4 428 080 (3 551 110 M.), Spareinlagen der Mitglieder 70 831 498 M. (67 951 768 M.) und sonstige Verbindlichkeiten 6 695 594 M. (5 835 335 M.). Die Erübrigung einschließlich des den Mitgliedern zustehenden Sparbetrags beträgt 3 625 996 M. (5 742 737 M.).

Buderus ohne Dividende.

Starker Belegschaftsabbau. — Glendelöhne für die Kumpels

Die Eisenwerke Buderus A.-G. im Siegerland, die im vergangenen Jahre auf ihr 200jähriges Bestehen zurückblickte, hat bei der anhaltenden Krise der Schwerindustrie ihre Produktion und Belegschaft 1931 stark eingeschränkt. Nach den Dividenden von 6 und

Schutz für Steuerdrückeberger?

Eine totgeschwiegene Denkschrift über die Offenlegung der Steuerlisten.

Zuf Verlangen des Reichstages hat die Regierung vor einigen Monaten eine Denkschrift über die Offenlegung der Steuerlisten im Ausland vorgelegt (Reichstagsdrucksache Nummer 1234). Obgleich sich die Regierung damals jeder eigenen Stellungnahme enthielt, konnte man aus der ganzen Art der Aufstellung der Denkschrift bereits entnehmen, daß sie der Offenlegung ablehnend gegenüberstand. Inzwischen hat die Regierung in Verantwortung einer vor etwa einem Jahr gehaltenen Reichstagsentscheidung für die Offenlegung der Steuerlisten ihre ablehnende Haltung ausdrücklich bekanntgegeben. „Nach dem Material, das in der vorhergehenden Denkschrift zusammengestellt ist“, heißt es in der Antwort auf die Entschliebung.

„Ist die Reichsregierung der Auffassung, daß gegen eine allgemeine Offenlegung der Steuerlisten überwiegende Bedenken sprechen.“

Der bürgerlichen Presse war die Regierungsdienkschrift so un bequem, daß sie monatelang versuchte, sie einfach totzuschweigen. Jetzt, nachdem die Regierung das Stillschweigen gegeben hat, beißt man sich, die Offenlegung der Steuerlisten mit allerhand fadenscheinigen Gründen abzulehnen. Das ist aber nur möglich, wenn man den wahren Inhalt der Denkschrift verschweigt und eine völlige einseitige Darstellung ihrer Ergebnisse gibt.

So wird in der bürgerlichen Presse vollständig unterschlagen, daß nach den Feststellungen der Denkschrift die Offenlegung der Steuerlisten eine viel weitere Verbreitung gefunden hat, als man bisher in Deutschland annahm. Während man vormals glaubte, daß in der Hauptsache nur die Vereinigten Staaten von Amerika die Offenlegung durchgeführt hätten, ergibt sich aus der Denkschrift, daß

nicht weniger als 24 Staaten die Offenlegung für alle oder einige Steuern eingeführt haben.

Vor allem die europäischen Staaten haben von diesem Hilfsmittel der Steuerveranlagung weitgehenden Gebrauch gemacht. In England erfolgt die Offenlegung für die Einkommensteuer, in Frankreich für die Einkommensteuer der Veranlagungspflichtigen, in Italien, Schweden und Norwegen für nahezu alle Steuern, in Desterreich, der Tschechoslowakei und in Ungarn umfaßt die Offenlegung die Einkommen-, Vermögens- und Gewerbesteuer. Die bürgerliche Presse verschweigt aber nicht nur die weite Verbreitung der Offenlegung, sondern verschweigt auch, daß

mit der Offenlegung überwiegend günstige Erfahrungen gemacht worden sind.

Solche günstigen Erfahrungen werden aus Schweden und Norwegen, aus Luxemburg und der Tschechoslowakei, aus England und einem Teil der Schweizer Kantone berichtet. Dagegen hat die Umfrage in Frankreich, Desterreich und Danzig, Polen, Ungarn und Bulgarien ergeben, daß die Offenlegung nur geringes Interesse in der Bevölkerung erweckt habe. Nachteilige Folgen sind aber auch in diesen Ländern nicht beobachtet worden. Das einzige Land, das über ausgesprochen ungünstige Erfahrungen berichtet, sind die Vereinigten Staaten. Hier wird über die Ruchlosigkeit, die große Zahl von Denunziationen und die Sensationshaftigkeit der Presse geklagt, und deshalb hat man dort die

4 Proz. in den beiden vorhergehenden Jahren bleibt Buderus bei einem kleinen Reingewinn von rund 209 400 Mark einschließlich des Gewinnvortrages auf 1930 ohne Dividende.

Die Gesamtbelegschaft der Stammwerke, die schon 1930 von 6628 auf 5013 Mann abgebaut worden war, hat sich im Berichtsjahr bis auf 3668 Mann weiter verringert. Auch die Umsatzschwächung hat sich in verstärktem Maße fortgesetzt. Der gesamte Umsatz des Unternehmens betrug:

1929	49,4 Millionen Mark.
1930	33,07 „ „
1931	20,69 „ „

Aus dem Geschäftsbericht ist zu ersehen, daß dem Siegerländer Eisenerz-Bergbau nach wie vor die staatlichen Subventionen gewährt wurden, ja daß sogar bestimmte Bedingungen der Belegschaftserhaltung, die an diese staatlichen Zuschüsse geknüpft waren, im letzten Jahr gelockert wurden. Die Eisenerzförderung von Buderus verringerte sich gegen 1930 von 118 175 auf 72 523 Tonnen. Der deutsche Eisenerz-Bergbau bekommt hier die Fehler der Eisenerz- und Stahlkonzerne an der Ruhr zu spüren, die mit Schweden die bekanntesten langfristigen Lieferungsverträge abgeschlossen haben. An eine baldige Besserung ist nicht zu denken; denn der Erzbedarf der Hochöfenwerke ist schätzungsweise heute schon auf 1¼ Jahr gedeckt.

In dem Abschnitt über die Lohnpolitik arbeitet die Verwaltung wieder mit Zahlenvergleichen, die offenbar den Zuschauern erwecken sollen, als ob heute noch im Siegerländer Bergbau überhöhte Löhne bezahlt wurden. Derartige Manipulationen sind bei Buderus um so weniger angebracht, als dieser Konzern seit Jahr und Tag mit den Groschen der Steuerzahler unterstützt wird.

Was für Glendelöhne jetzt den Kumpels im Siegerländer Bergbau gezahlt werden, zeigen die tariflichen Schichtlöhne, die von

Offenlegung, die 1921 eingeführt worden war, 1926 wieder aufgehoben.

Die Einwände gegen die Offenlegung sind nicht stichhaltig.

Sollten wir in Deutschland den überwiegend günstigen Erfahrungen in den meisten europäischen Ländern folgen und die Offenlegung einführen, oder sollen wir uns nach den Vereinigten Staaten richten und die Offenlegung ablehnen? Alle Gründe, die die bürgerliche Presse — neuerdings vor allem die „Frankfurter Zeitung“ — gegen die Einführung der Offenlegung anführt, erweisen sich bei näherer Betrachtung als nicht stichhaltig.

So wird zum Beispiel behauptet, daß wir in Deutschland die Offenlegung nicht brauchen, weil bei uns durch die Einrichtung der Steueraussschüsse bereits eine weitgehende Teilnehmerrückwirkung an der Steuerveranlagung geschieht ist. In Wahrheit liegen die Dinge ganz anders. Durch eine Reform der Steueraussschüsse vor etwa einem Jahre sind diese Ausschüsse nach mehr dem Einfluß der Interessentengruppen der Landwirtschaft, der Industrie usw. ausgeliefert worden als bisher. Die Wahl von Arbeitervertretern in die Ausschüsse ist nahezu ausgeschlossen, so daß die Interessenten in den meisten Fällen unter sich sind.

Ebenso wenig wie die Steueraussschüsse kann der Buch- und Betriebsprüfungsdienst einen Ersatz für die Offenlegung der Steuerlisten sein.

Ohne Frage ist der Buchprüfungsdienst in den letzten Jahren zu einem wirksamen Hilfsmittel der Besteuerung der größeren Unternehmungen ausgefallen worden. Für diese größeren Steuerpflichtigen hat aber die Offenlegung von vornherein nur geringe Bedeutung. Der Wert der Offenlegung liegt in der Kontrolle der Öffentlichkeit über die Steuerleistung der großen Masse der mittleren Steuerpflichtigen, denen sich die Steuerbehörden nicht dauernd so gründlich widmen können, wie das durch den Buch- und Betriebsprüfungsdienst bei den großen Steuerpflichtigen der Fall ist. Außerdem erhält sich das Gerücht, daß man im Finanzministerium beabsichtigt, den Buch- und Betriebsprüfungsdienst aufzuheben, angeblich, weil die großen Steuerpflichtigen doch kein Einkommen mehr haben!

Die Offenlegung ist auch nicht überflüssig zu machen.

Ganz allgemein ist es ein Irrtum, zu glauben, daß „im Wege immer weiterer Verfeinerung der Erfassungsmethoden“ die Offenlegung überflüssig gemacht werden könne. Die tatsächliche Entwicklung in den letzten Jahren ist gerade umgekehrt gelaufen. Bei der großen Masse der Steuerpflichtigen ist unsere Steuerverwaltung immer mehr von der individuellen Erfassung des Einkommens zur Ermittlung von Durchschnittssätzen übergegangen und Hand in Hand damit haben die großen Berufsorganisationen — nur nicht die der Arbeiter! — immer stärkeren Einfluß auf die Steuerverwaltung gewonnen.

Kein Wunder, daß sich die Befürworter nicht Sanach drängen, diesem idealen Zustand durch die Offenlegung der Steuerlisten ein Ende zu bereiten. Um so mehr ist das die Aufgabe der werktätigen Schichten. Gewiß ist die Offenlegung kein Allheilmittel gegen die Finanznot. Ganz sicher würde aber sie den Steuerdrückebergern einen heilsamen Schrecken einjagen und in vielen Fällen chronischer Steuerhinterziehung geradezu Wunder wirken. Auf diese Weise könnten ohne Erhöhung des allgemeinen Steuerdrucks den öffentlichen Körperschaften neue Mittel zugeführt werden, die sie gerade jetzt nötiger als je gebrauchen.

5,10 Mark auf 4,25 Mark gedrückt wurden. Das Monatseinkommen der wenigen Vollarbeiter — die meisten Arbeiter bei Buderus müssen verkürzt arbeiten — erreicht also bei 26 Schichten im Monat 110,50 Mark brutto, und zieht man rund 17 Proz. insgesamt an Abgaben ab, so bleibt für den schwer schuftenden Bergarbeiter ein Netto-Monatlohn von 91,72 Mark. Die Verwaltung von Buderus aber weist mit Nachdruck darauf hin, daß der Januar 1924 gültige Tarifschichtlohn nur 3,30 Mark betrug, womit in der kritiklosen Offenlichkeit der Eindruck erweckt werden soll, als ob heute die Metallarbeiter im Siegerländer Revier überbezahlt wären.

Kreuger ein berufsmäßiger Fälscher?

Neue Entdeckungen im Geheimzimmer.

In dem geheimen Zimmer des toten Jünderholzkönigs wurden, wie ein Stockholmer Blatt meldet, eine große Anzahl von Namensstempeln international bekannter Persönlichkeiten aus der Politik, Wirtschaft und Finanzwelt gefunden.

Die Stempel hat sich Ivar Kreuger nach den Originalnamen, die er in seiner riesigen Korrespondenz besaß, herstellen lassen und diese zu Betrugsmanövern, wie der Fälschung der italienischen Staatspapiere, benutzt. Eine amtliche Bestätigung für diese neue Entdeckung fehlt noch. Ferner ist in den nachgelassenen Papieren Kreugers ein großer Stapel Expressebriefe entdeckt worden. Die Namen und Anschriften der Expresse sind bekannt und ihre Vernehmung wird vielleicht noch überraschende Enthüllungen mit sich bringen.

Auch Griechenland gibt den Goldstandard auf. Die griechische Regierung hat beschlossen, den Goldstandard aufzugeben.

BIER ENDLICH BILLIGER

FLASCHE 20/-

